Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2019 *69. Jahrgang, Nr. 797/98*

Die Zeit ist reif, die „Dynamisierung“ der Opferrente ist überfällig

Die CDU/ CSU ist nach offenem Brief auf unserer Seite und reagiert mit einem Positionspapier

Es ist kein Geheimnis, dass einzelne Kameraden des Verbandes mit unermüdlicher Entschlossenheit im Einsatz für weitere Verbesserungen der finanziellen Situation der SED-Opfer sind. Allein Kamerad Karl-Heinz Genath, er wird am 30. April 93 Jahre alt, führt seit Jahren einen bemerkenswerten Kampf mit den verschiedensten Politikern unseres Landes. Es ist kaum eine Ausgabe der Freiheitsglocke erschienen, in der nicht eines seiner Schreiben oder die darauf erteilte Antwort abgedruckt wurde. Es waren bitterböse, geradezu beleidigende Erwiderungen darunter, die von den Büros der höchsten Politiker und Politikerinnen erteilt wurden.

Kamerad Genath hat sich davon nicht erschüttern lassen. Und der Erfolg gibt ihm Recht. Nicht nur ihm, denn von anderen Stellen wurde nicht minder gefochten. In NRW sind der Landesvorsitzende und sein Vorgänger zu guter Letzt zum Opfer-Beauftragten eingeladen worden, auch hier stieß die Forderung nach einer Anpassung der Besonderen Zuwendung endlich auf zustimmende Unterstützung. Zugleich wurde ein Katalog mit weiteren Verbesserungen verhandelt, der von der Bundesregierung verabschiedet werden soll.

Ein wesentlicher Impuls, der sicherlich mitentscheidend war, kam noch im Jahr 2018 vom Landesverband Sachsen-Anhalt. Der Landesvorsitzende Dr. Winter verfasste gemeinsam mit unserem Bundesvorsitzenden i. R. Johannes Rink einen offenen Brief an die im Bundestag vertretenen Fraktionen und zeigte darin auf, wie sich mittlerweile die Sonderfonds von Beschäftigten der ehemaligen Staatsorgane der DDR entwickelten. Was hier geschieht, ist ein Skandal, der selbst Ministerpräsident Haselloff und verschiedenen Ministern die Augen geöffnet hat. Während sich die einstmals staatstragenden Diener zufrieden die Hände reiben können, warten diejenigen, die mit SED-Mitgliedschaft und hohen Posten nichts im Sinn hatten und die für ihren Widerstand inhaftiert wurden, vergeblich auf eine Anhebung der Opferrente.

Sicherlich ist eine Summe von 300 Euro kein geringer Betrag, zumal er bereits eine Aufstockung enthält. Dennoch haben viele SED-Opfer die Zuwendung bitternötig. Die Haft hat unübersehbar Folgen hinterlassen. Wer seinerzeit in Gießen eintraf, musste erst mal die Repressalien eben jener Staatsdiener überwinden, die nun gut versorgt sind. Keineswegs erlebte man als Ex-Häftling im westlichen System einen einfachen Neuanfang mit Traumjob und dickem Konto. Viele Ankömmlinge waren froh, überhaupt eine Arbeit zu finden, auch wenn sie unter der eigentlichen Qualifikation lag und niemand damit rechnete, dass nach der Wiedervereinigung das Rentensystem zu Ungunsten der SED-Verfolgten reformiert werden würde. Hatten sich viele Flüchtlinge schon in der DDR aufgrund ihrer staatsablehnenden Haltung mit minderbezahlten Arbeitsverhältnissen begnügt, so wurden sie, wie man im Nachhinein erfahren darf, erneut benachteiligt. Dass nun eine prozentuale Anhebung der Opferrente an die Entwicklung der Altersrente – **rückwirkend bis Januar 2018** –erfolgen muss, ist eine Maßnahme, die allen helfen würde. Den Opfern, die dadurch mehr Geld bekämen, aber auch den Abgeordneten, die sich nicht mehr den Forderungen der Berechtigten gegenüber sähen. Der Vorwurf, die staatstragenden Diener der DDR, würden zu hohe Renten bekommen, wäre allerdings nicht vom Tisch.

Tatsächlich bewegt sich nun etwas in der Politik. In einem Positionspapier von CDU/CSU vom 19. März sind 21 konkrete Maßnahmen festgehalten, die neben der Unterstützung der SED-Opfer auch zur Aufarbeitung und zur Festigung der Gedenkkultur der Verbrechen der SED-Diktatur beitragen sollen. Dazu gehören mit Punkt 18 die Stärkung der Gedenkstättenarbeit unter Einbeziehung der authentischen Zeitzeugenarbeit und das Entgegentreten gegen die Relativierung und Verharmlosung des SED- Unrechts. Unter Punkt 5 wird auf die Dynamisierung der Opferrente sowie (auch unter Punkt 6) auf die Gewährung grundsätzlicher finanzieller Beihilfen in Bedarfsfällen verwiesen.

B. Thonn

Hinweis: Lesen Sie im Innenteil dieser Ausgabe den Offenen Brief des VOS-Landesverbandes Sachsen-Anhalts sowie die wichtigen Auszüge aus dem Positionspapier von CDU/ CSU. Weiterhin über die zahlreichen Aktivitäten von Karl-Heinz Genath in Verbindung mit den Behörden und Politikern.

So heftig in den letzten Monaten über die Ablösung des Gedenkstättendirektors von Berlin- Hohenschönhausen debattiert und gestritten wurde, so still ist es auf einmal in dieser Sache geworden. Weder kann man erfahren, wie die Gedenkstätte künftig ausgerichtet werden soll noch wer als neue Führungskraft in Frage kommen könnte. Die Hintergründe zur Knabe-Entlassung bleiben im Kern unklar. Wir kennen die formalen Argumente, damit sind jedoch die Vorwürfe, dass politische und persönliche Intrigen im Spiel waren, nicht ausgeräumt. Das Schweigen, das man (und frau) sich auf der höchsten politischen Ebene auf unangenehme Fragen angewöhnt hat, greift weiter um sich. Wer sich aber damit nicht abfindet, wird medial geohrfeigt oder mit Isolation und Ächtung bedacht. Nein, man wird nicht wie einst in der DDR für Kritik am System und den Politikern eingesperrt. Ganz sicher wird es auch nicht so weit kommen. Aber an den Vorgängen um Hubertus Knabe war zu erleben, dass man entschlossene Personen auch legal abservieren und geschichtliche Wahrheiten aufweichen kann. Denn die Zweifel an der Beibehaltung der konsequenten Aufarbeitungsrichtlinie innerhalb der Gedenkstätte sind geblieben. Wäre es nicht so, hätte man zumindest den Untersuchungsausschuss, der sich im Berliner Senat mit den Hintergründen zu Knabes Entlassung befassen sollte, einberufen können. Nicht wenige Kameradinnen und Kameraden haben den Vordruck der letzten Fg-Ausgabe genutzt und diesen an Frau Grütters von der CDU gesandt. Nun hat sie den Landesvorsitz abgegeben, über den Untersuchungsausschuss wird offenbar nicht mehr gesprochen.

Immerhin hat sich Hubertus Knabe in seiner politischen Arbeit nicht entmutigen lassen. Seitens der VOS besteht das Angebot, dass wir kooperieren und voneinander profitieren. Unserem Verband tut jede Form von Unterstützung und Zuwachs gut. Wie man in dieser Fg-Ausgabe sehen kann, wurden gleich mehrere Kameraden 90 Jahre, worüber wir uns sehr freuen. Dennoch sind wir bestrebt, jüngere Generationen einzubeziehen, um den Staffelstab weiterreichen zu können. Es ist einerseits wichtig, dass wir das eigentliche Ziel der VOS, alle durch den Kommunismus auf deutschem Boden inhaftierten Menschen aus der Haft zu befreien, erreicht haben.

Auf ein Wort des Redakteurs

Dies hat nun freilich auch unser Nachwuchsproblem zur Folge. Es kommen keine Haftentlassenen nach. Andererseits leben in diesem Land noch so viele ehemalige politische Häftlinge, die sehr wohl unsere VOS bereichern könnten. Nur, wie erreichen wir diese Menschen?

Ich halte es für einen großen Erfolg, dass wir im Februar unser 70-jähriges Bestehen als Verband feiern können und die nächste Ausgabe unserer Freiheitsglocke die Nummer 800 tragen wird. Ob wir dann noch einen weiteren Hunderter unserer Zeitung erleben, bleibt abzuwarten. Es würde immerhin bedeuten, dass wir als Verband und ich als Redakteur weitere acht Jahre durchhalten.

Festzustellen ist allerdings, dass wir in der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen noch sehr aktive Kameraden haben. Es ist vor allem die Zeitzeugenarbeit, die inzwischen erfreuliche Ausmaße annimmt. Im Bundesland NRW gehen seit der Veröffentlichung unseres ersten Newsletters – er ging an eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen – vermehrt Anfragen von Schulen und neuerdings auch Behörden ein. Nicht zuletzt zahlt sich hier die Partnerschaft mit der Ruhr Uni Bochum und dem Institut für Deutschlandforschung aus.

Erfreulicherweise hat uns auch der NRW-Landesbeauftragte für Spätaussiedler und Heimatvertriebene in seine Arbeit einbezogen, wodurch wir zum einen als Opfergruppe, zum anderen als Verband Unterstützung erfahren. Das Land plant die Einrichtung eines Museums für Geschichte, das nicht dem Bund zugeordnet ist, sondern einen alleinigen Bezug zu NRW haben wird. Die Geschichte, die in dieser neuen Einrichtung dargestellt werden soll, wird sich auch mit den politischen Häftlingen von SBZ / DDR befassen. Wesentlich ist, dass eingereichte Exponate einen Bezug zu NRW haben.

Die Landesgruppe der VOS setzt sich weiterhin für ein Erinnerungsmal ein. Wir wissen, dass es in Bundesländern, die an die damalige DDR grenzten, bereits Gedenkstätten gibt, die zugleich für Bildungszwecke genutzt werden und Zulauf von Touristen haben. Doch es geht nicht nur unwesentlich um den Volksaufstand vom Juni 1953. Der 17. jenes Monats gilt als zentraler Erinnerungstag des Widerstands gegen die Diktatur. Bis zur Wiedervereinigung war dies in den Alten Bundesländern ein Anlass, der damals verlorenen Einheit Deutschlands zu gedenken. Dass dieser Tag zugunsten des 3. Oktober herabgestuft wurde, ist gerade für uns ehemalige Kämpfer für die deutsche Einheit nur bedingt akzeptabel. Zeigt doch jener Massenaufstand von 1953, wie gewaltig das Verlangen der DDR-Bürger nach einem geeinten Vaterland immer schon gewesen ist. Und ehrlicherweise sollte man bekennen, dass die Deutschen zu jenem Zeitpunkt schneller und unkomplizierter zur inneren Einheit gefunden hätten als nach vierzig Jahren Teilung. Dies bezieht sich sowohl auf die Bevölkerungsebene wie auf die politische Führung. Der Einfluss der linken Ideologie samt der zunehmenden Radikalisierung der SED-Diktatur hat sich gerade aus diesem Aufstand ergeben. Wenn wir also an das vom Sozialismus verschuldete Unrecht erinnern wollen, brauchen wir die Erinnerung an jenen Gedenktag. Die Kameradinnen und Kameraden, die sich für ein Gedenken an dieses Datum einsetzen, sind demnach auf dem richtigen Weg, sie beleben dabei auch die VOS neu. Und sie haben bereits Gehör gefunden, denn der Landesbeauftragte Heiko Hendriks hat das Anliegen schon mal auf seine – vermutlich nicht eben kleine – „To-do-Liste“ gesetzt.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Das Gedenken in Chemnitz bekommt einen Namen

Titelseite
Mehr Gerechtigkeit für Haftopfer und politisch Verfolgte des SED-Regimes
Während die Rentenfonds der Organ-Bediensteten wachsen, stagniert es bei den Opfern

***Redaktionsthema*:**
Die Freiheitsglocke steht vor ihrem nächsten großen Jubiläum
Wie lange halten wird noch durch? 2

In Sachen Dynamisierung der Opferrente: Der Bundesrat hat die Marschroute vorgegeben. Wann wird gehandelt?
Der Offene Brief der Landesgruppe Sachsen-Anhalt spricht Klartext. 4 - 5

Das sind klare, bekennende Aussagen. Bitte endlich umsetzen!
Positionspapier von CDU/CSU könnte uns endlich weiterbringen und uns die erniedrigende Behandlung durch die Behörden ersparen. 6

Das Glück, überlebt zu haben und nun über alles reden zu dürfen
Ehrungen und Wünsche für zwei aufgeschlossene 90-jährige Kameraden 7

Den Toten ihren Namen geben und vor der Wahrheit nicht zurückschrecken
In Chemnitz wurden die Ehrengräber unter großer Anteilnahme eingeweiht 8 - 9

Exkursion mit Geschichtsvermittlung und gastronomischen Freuden
VOS Thüringen unternimmt einen weiteren Ausflug mit Jugendlichen 10

Mitgliederstimmen (Briefe)
Wieder eine Stufe tiefer gerutscht
Wagenknecht räumt ihren Sessel 11

Für Erhalt der Stasi-Relikte gesorgt
Mit Mut und Weitsicht gehandelt 11

Wollen sich die Täter so reinwaschen?
Verhältnis Opfer und Täter 11

Dem Landesbeauftragten die Anliegen der Opfer vorgetragen
VOS-Landesgruppe NRW zu Gast im Landtag 12

Hier ist vieles, was uns betrifft, nachzufragen und nachzubessern
Eine politische Bilanz und die Frage, was haben die Opfer noch zu melden 13 - 14

Die meisten Frauen wollen das gar nicht
Macht sich die Berliner Politik mit dem Frauentag einfach nur lächerlich? 14

Die Erfahrung Workuta steckte ihm für immer in den Knochen
Ein Nachruf auf den langjährigen UOKG-Vorsitzenden Horst Schüler 15

Das erschwert die Aufarbeitung und zerreißt die bisherige gemeinsame Arbeit
Die Aktenzusammenlegung und ihre Folgen 17

Schäden abgelehnt 17

Wer die Akten kennt, der kennt die erschreckende Wahrheit
Wie Minister Mielke die Eliminierung der „feindlich negativen Elemente“ vorbereitete 18 -19

Achtung!, bitte die Ankündigungen und Einladungen zu den Gedenkfeiern für den Volksaufstand Juni 1953 / Tag der Deutschen Einheit beachten. S. 19 und 20

Ehrungen, Geburtstage	7
Mitteilungen, Termine	19, 20
Meinungen	10, 11, 13
Nachrufe, Verstorbene	7, 16, 19
Zitate, Sprüche, Anmerkungen	10, 11 19
Impressum /	20

Danke an alle großartigen Spender, die sich für die VOS einsetzen!

Eine Spende für den Verband hilft allen und stärkt die Position der Opfer

Horst Kreeter, Wilmar Leistner, Thomas Hainich, Hans Helmut Schulze, Dietrich Jacobs, Jörg Vieweg, Johann Leeb, Hans-Dietrich Kieckbusch, Jürgen Fuhrmann, Helmut Günther, Dr. Bernd Röhlig, Dr. Michael Andreas Dosch, Hartmut Chyba, Günter Hammer, Helmut Schloenvoigt, Ruth Zabel, Hans Steffen, Siegfried Freitag, Eberhard Pohl, Lutz Glaser, Joachim Nitsch, Lothar Eckardt, Horst Radigk, Wolf-Peter Rubner, Gisela Härtel, Anneliese Nattke, Gerd Ahnert, Alfred Ullmann, Peter Hellmund, Fritz Schöne, Emil Redlich, Gottfried Hoyer, Horst Wagner, Hartmut Behle, Annelie Fratz, Marcel Lehnhardt, Günther Baumann, Dr. Peter Joachim Lapp, Michaela und Klaus Maul, Erika Noack, Erdmute und Dr. Walter Weller, Wolfgang Lehmann, Klaus Tübbecke, Herbert Thomas, Jürgen Wendler, Manfred Schulz, Jürgen Ulrich, Hans-Joachim Markgraf, Friedrich Törber, Reinhard Golde, Karl-Günter Wehling, Helmut Heinz Weckschmied, Gerd Lewin, Helmut Gorgas, Werner Mieth, Heinz Noack, Rudolf Lenkisch, Ehrhard Göhl, Othmar Ballmaier, Heinz Jürgen Müller, Günther Nollau, Werner Stiehl, Manfred Stecher, Karl-Heinz Ulrich, Friderun und Egon Seel, Rainer Hohmut, Anneliese Gabel, Günter Jacobi, Günter Uhlig, Lothar Ech, Joachim Bergter, Heinz-Günther Lohoff, Kurt Schröder, Gerd Wacker, Eckehard Richter, Klaus-Ludwig Goos

In das Tagebuch der kritischen Gedanken gebrannt:

Wohnungsnot oder Wohnungsknappheit? Wovon sprechen wir, wenn wir das heutige Berlin meinen? Von einem Staat, in dem ein 35-jähriger Single im Haushalt der Eltern wohnen musste, weil er keinen Anspruch auf eine eigene Wohnung hatte? Das wäre und war die DDR. Die Wohnungseigentümer waren insofern schon enteignet, als die Ämter bzw. der Staat entschieden, wem welcher Wohnraum zustand und wem nicht.

Auch heute spricht man von Enteignung. Der Rechtsstaat hat offenbar weniger zu sagen als die Politiker, die den „Sozialismus von oben“ unverhohlen wieder einführen wollen. Das Ergebnis: Wer nicht einverstanden ist, wird eingesperrt. Alles wie gehabt. *H. D.*

Jedes Opfer im Kampf gegen eine Diktatur verdient den Respekt aller Demokraten und sollte entsprechend entschädigt werden

Offener Brief an die Bundeskanzlerin und die Fraktionen des Deutschen Bundestages

Bereits Ende letzten Jahres erarbeitete der Landesverband der VOS in Sachsen-Anhalt einen stichhaltigen Antrag an die Mitglieder des Bundestags, in dem die Forderungen und Ansprüche der ehemaligen politischen Häftlinge der SBZ/DDR auf Besserung der sozialen Leistungen und der Anerkennung von Haftschäden formuliert wurden. Maßgeblich beteiligt war der Landesvorsitzende Dr. Winter, der stellvertretend für die Anspruchsberechtigten unterzeichnete. Das Schreiben wurde an die Bundeskanzlerin und die Vorsitzenden der Im Bundestag vertretenen Fraktionen gesendet. Die Forderungen umfassen:

- Dynamisierung der sogenannten Opferrente für ehemalige politische Häftlinge der SED-Diktatur analog der Sonderversorgungs- und Zusatzversorgungssysteme
- - Vererbbarkeit der Opferrente
- - Die Vorkämpfer für die Einheit Deutschlands, die Rehabilitierten in die Mitte der Gesellschaft zu holen und sie zu ehren
- - Die Opfer von Zwangsaussiedlungsmaßnahmen sollten in einer Weise Berücksichtigung finden, die deren spezifisches Verfolgungsschicksal und damit verbundenen Schwierigkeiten, einen angemessenen Ausgleich für das erlittene Unrecht zu erhalten, gerecht wird.

Der Antrag enthält folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

wir, die VOS in Sachsen-Anhalt als Initiator dieses Antrages haben in Abstimmung mit den Landesbeauftragten der Länder für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und anderen Verbänden wie VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V., UOKG Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V., ARE Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V., Netzwerk Niedersachsen Hannover, der Präsidentin der DDR Zwangsausgesiedelten e. V., Heimatverdrängtes Landvolk e.V. sowie der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, diesen Antrag gemeinsam zu initiieren. Ausgangspunkt und Plattform war das Halle-Forum am 25.und 26. Oktober 2018.

Mit Freude und neuer Hoffnung nach langer Inaktivität des Bundestages in Sachen SED-Opfer haben wir die Entschließungen des Bundesrates

- zur Verbesserung der Lage der Heimkinder (DS19/261)
- zur Entfristung der SED- Unrechtsbereinigungsgesetze (DS 743/17)
- zur Verbesserung der Lage der SED-Opfer (DS 316/18)

zur Kenntnis genommen.

Die sogenannte Opferrente sollte allen Berechtigten SED- und Stasiopfern ausgezahlt werden, ohne dass eine besondere Bedürftigkeit nachgewiesen werden muss. Außerdem verlangen wir Erleichterungen und Vereinheitlichungen der Praxis in den einzelnen Bundesländern bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Wir hoffen, dass diese beiden Forderungen auch von Parlamenten der anderen Bundesländer übernommen werden.

Ebenfalls zur Kenntnis nehmen mussten wir allerdings auch, dass die Bundesregierung bisher keine der Entschließungen des Bundesrates aufgenommen und Regelungen in diesem Sinne erlassen hat. Wir erwarten, dass die Fraktionen des Deutschen Bundestages für die jeweils genannten politisch Verfolgten in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sowie in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) nicht nur zeitnah die Empfehlungen des Bundesrates schnell und gründlich beraten und umfassend umsetzen. Bei dem sich daraus ergebenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf gilt es, eine Ausgrenzung von Betroffenen zu verhindern. Eine Spaltung des vom Bundesrat bereits vorgegebenen Personenkreises wäre fatal und würde eine erneute Diskriminierung der ausgegliederten Opfer bedingen.

Insbesondere schließen wir uns der Aufforderung des Bundesrates an, die sogenannte Opferrente, die in Wirklichkeit eine Zuwendung an sozial Bedürftige ist, in die allgemeine Dynamisierung derartiger Zahlungen einzubeziehen.

Durch eine kleine Anfrage im Bundestag haben wir erfahren müssen, dass die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme nicht mehr existieren. Sie sind zwischen 1990 und 1991 geschlossen worden und die Ansprüche und Anwartschaften sind in die gesetzliche Rentenversicherung überführt worden. Dies bedeutet, dass dieser Personenkreis für die in diesen Systemen zurückgelegten Beschäftigungszeiten ausschließlich eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht und sich die Berechnung des neubegründeten Rentenanspruchs gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich nach den Regelungen des SGB VI richtet. Eine logische Folge dieser Maßnahme ist die Dynamisierung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme bei der jährlichen Anpassung der Rentenbezüge.

Die Ausgaben für die AAÜG-Erstattung (Anwartschaftsüberführungsgesetz) sind von 2012 von rund 4,58 Mrd. € auf 5,25 Mrd. € bis 2017 gestiegen. Da die Opferrente (300,00 €/Monat) von dieser Dynamisierung ausgeschlossen ist, verschärft sich die Ungleichbehandlung der ehemaligen politisch Verfolgten Häftlinge gegenüber den Beziehern der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR enorm. Unsere „Opferrente“ politische Umgangssprache, ist jedoch keine, da sie im Sozialrecht verankert ist. Jedes Opfer, das gebracht wurde um eine Diktatur zu bekämpfen, verdient den Respekt und die Achtung aller Demokraten.

→ nächste Seite oben

➔ von voriger Seite unten

Wir setzen uns dafür ein, dass die Hinterbliebenen und Kinder von Haftopfern des DDR-Regimes in Zukunft auch rentenrechtlich berücksichtigt werden.

Das bedeutet, dass die Ansprüche aus § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz der Opfer vererbt werden können. Die Nachweispflicht für die unmittelbare Betroffenheit durch die Haft der Angehörigen sollte dafür nicht mehr erforderlich sein. Wir halten eine Vererbbarkeit der Opferrente an Lebenspartner, Hinterbliebene für unumgänglich.

Konkret § 17 a besondere Zuwendung für Haftopfer. Berechtigte nach § 17 Abs. 1 strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StRehaG), die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, erhalten auf Antrag eine monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer. Um die Ungleichbehandlung zu beseitigen, müsste das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz um folgende Punkte erweitert werden:

- Erhöhung der Opferrente ab 2019
- Analog der jährlichen Erhöhung der gesetzlichen Rentenversicherung wird die monatliche besondere Zuwendung nach § 17a des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes um den gleichen Prozentsatz erhöht. (Dynamisierung)

Die Opfer der beiden Diktaturen wurden zwar rehabilitiert, und dennoch werden sie ungleich behandelt, obwohl lt. Artikel 3 des Grundgesetzes (1) – alle Menschen gleich zu behandeln sind.

Dass die Maßnahmen gegen die DDR- Zwangsausgesiedelten mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates unvereinbar sind, räumt dieser SED- Opfergruppe ein, ebenso einen Antrag auf Rehabilitierung zu stellen. Dieses Schicksal beeinträchtigte sowohl nachhaltig die Gesundheit als auch den beruflichen Werdegang. Die Betroffenen wurden neben der Zwangsaussiedlung gesellschaftlich ausgegrenzt, diskreditiert und durch die Enteignung des Eigentums/ Vermögens finanziell geschädigt. Die DDR- Zwangsausgesiedelten leiden heute noch unter den Folgen des erlittenen Unrechts. Hinzu kommen die rechtlichen Rahmenbedingungen, die insbesondere bei der Entschädigung für Eingriffe in Vermögenswerte Gerechtigkeitslücken bewirken. Einem Zwangsausgesiedelten für die beantragte Entschädigung einen „NULL- Bescheid“ zu erteilen und damit den Verlust an Vermögenswerten nicht auszugleichen, verstößt gegen das Rechtsempfinden der Betroffenen. Deshalb empfinden die Betroffenen die rechtlichen Defizite im aktuellen Anerkennungs- und Entschädigungssystem als „nachwendebedingtes Folgeunrecht“. Wir bitten alle Mitglieder der demokratischen Parteien im Bundestag sich dafür einzusetzen, dass die Diskriminierung der Opfer beseitigt wird. Die Einführung der besonderen Zuwendung im September 2007 kam für viele Verfolgte zu spät, da sie in den 17 Jahren nach der Wiedervereinigung bereits verstorben waren.

Aus Anlass des ARE – Kongresses „Attacke 2018“ mit der Besonderheit einer Demonstration für den Erhalt bedrohten Kulturerbes, gibt die ARE zu dringenden und aktuellen Fragen der deutschen Politik folgende Erklärung ab:

Die Umsetzung des Koalitionsvertrages zur 19. Legislaturperiode muss bisher -nicht nur für die Betroffenen und die Opfer der SED Diktatur- als enttäuschend empfunden werden. Wenn es heißt, dass die Rehabilitierung der Opfer weiterentwickelt und die Fristen für die Beantragung nach den Rehabilitierungsgesetzen aufzuheben sind, dann ist festzuhalten, dass zahlreiche Defizite und Gesetzeslücken zu beseitigen sind. Dies kann nicht in Kürze erledigt werden, obwohl sowohl der ARE-Zusammenschluss als auch die UOKG konkrete Vorschläge unterbreitet und zugearbeitet haben.

Das politische Desinteresse an den aktuell noch bestehenden Problemen der SED-Opfer hat bereits zu leidvollen Erfahrungen der Betroffenen geführt. Da der Rechtsfriede im vereinten Deutschland dauerhaft gesichert sein muss, ist es höchste Zeit, bei der Lösung der in der Bundesratsinitiative aufgezeigten rechtlichen Handlungsfelder einen politisch anerkennenswerten Konsens zu finden.

Auch haben beide Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung und zur Überwindung der Folgen der zweiten Diktatur wiederholt hervorgehoben, dass der Fürsorge für Opfer politischer Verfolgung, die dafür einen hohen Preis zu zahlen hatten, eine große Bedeutung zukommt.

Deshalb dürfen sich nach 28 Jahren Deutsche Einheit die Opfer der SED-Diktatur nicht länger diskriminiert fühlen. Aufgrund dessen darf es keinen Stillstand bei den politischen Bemühungen geben, so lange noch eine gravierende Ungleichbehandlung der SED-Opfer besteht.

Es gilt nunmehr den erforderlichen politischen Willen aufzubringen, denn die Zeit, in der auf Bundesebene nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für eine angemessene Entschädigung der SED-Opfer geschaffen werden, ist für die Betroffenen gestohlene Zeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Winter, Landesvorsitzender

Zu den Opfern, denen schweres Unrecht widerfahren ist, zählt auch Lothar Tiedtke von Koß, der in der DDR-Psychiatrie zermürbt wurde und bis heute auf eine gerechte Wiedergutmachung wartet. Lesung aus „Mundtot“ unter: https://www.youtube.com/watch

Geht es vorwärts oder verstehen wir hier etwas falsch?

Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag spricht sich konkret für die „Dynamisierung" der Opferrente aus, doch das Bundeskanzleramt sagt NEIN!

Am 19. März 2019 verabschiedete die gemeinsame Fraktion von CDU/ CSU im Bundestag ein Positionspapier, in dem sie sich per Beschluss zur Würdigung der Werte der Einheit Deutschlands bekennt und damit auch die Rolle von Widerstand, Verfolgung und Haft unterstreicht. Demgemäß will sie sich nun – nach langem Beharren insonderheit seitens der VOS – zur Dynamisierung der Besonderen Zuwendung – gemeint ist eine Anpassung an die jährliche Erhöhung der Altersrenten bzw. der Inflationsrate – einsetzen.

Das Papier nennt dabei konkret Sozialleistungen, hält aber auch Maßnahmen fest, die der Aufarbeitung der SED-Verbrechen und der Bewahrung geschichtlicher Tatsachen für nachfolgende Generationen entscheidend dienen. Aufgenommen wurde auch ein Passus, der sich mit der inzwischen nicht mehr diskutierten Zwangsarbeit befasst (Tz. 16). Hierbei wäre es sinnvoll, die rechtliche Lage mit einzubeziehen. Soll heißen, welche Betriebe (auch aus dem westlichen System) haben profitiert, und warum hat das zuständige Ministerium der DDR keine Rentenbeiträge für die Häftlinge eingezahlt.

Von wesentlichem Interesse für die ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten dürften dabei die nachfolgend ausgewählten Ziffern sein:

3. Kindern und Jugendlichen, die auf Grund politischer Verfolgung der Eltern in Heime eingewiesen wurden, die Rehabilitierung zu ermöglichen.

4. Kindern und Jugendlichen, die in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht wurden, um sie zu „sozialistischen Persönlichkeiten umzuerziehen", die Rehabilitierung zu ermöglichen.

5. Bei der besonderen Zuwendung für Haftopfer gem. § 17a StrRehaG und den Ausgleichsleitungen nach dem § 8 BerRehaG eine kontinuierliche Dynamisierung zu prüfen – analog der laufenden Beihilfen in Fällen eines erschwerten Verfolgungsschicksals für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung.

6. Zu prüfen, wie darüber hinaus die soziale Lage anerkannter politisch Verfolgter verbessert werden kann.

8. Einen Härtefallfonds „SED- Unrecht" einzurichten.

11. das Projekt, die zerrissenen Akten („Schnipsel") des MfS auf elektronischem Weg zu rekonstruieren, fortzuführen.

15. Ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland zu schaffen,

16. Die in der ehemaligen DDR verbreitete völkerrechtlich geächtete Zwangsarbeit in den Gefängnissen weiter aufzuklären.

18. Gedenkstätten mit authentischer Zeitzeugenarbeit zu stärken, auch um Versuchen, SED-Unrecht zu relativieren, entgegenzutreten.

19. Die Entwicklung und den Einsatz moderner digitaler Vermittlungsinstrumente in der historisch-politischen Bildungsarbeit der Gedenkstätten auszubauen und zu fördern.

Nicht ganz nachvollziehbar ist in der Einleitung des Papiers die Formulierung: *Vor 30 Jahren brachten die Deutschen in der DDR die Mauer zum Einsturz. Damit endete die jahrzehntelange bittere Teilung unseres Landes.*

Der politisch interessierte Bürger kennt da eine andere Wahrheit: Nicht „die Deutschen in der DDR" sorgten für den Mauerfall, sondern nur die freiheitlich-demokratisch gesinnten und auch jene, die die DDR verlassen hatten. Genug „Zeit-Genossen" lebten dort, die die Mauer gern behalten hätten und die jahrzehntelang schwer gegen Menschenrecht verstoßen haben, damit diese Mauer stehen bleibt. Werden derart oberflächliche Äußerungen in die Öffentlichkeit gebracht, muss man sich nicht wundern, dass der Unterschied zwischen Links und Mitte immer mehr verwischt wird und Jugendliche ein völlig falsches Bild von Widerstand und politischen Verbrechen bekommen.

Ungeachtet dessen begrüßen die ehemaligen politischen Häftlinge dieses Positionspapier. Es ist ein Bekenntnis zur geschichtlichen Wahrheit und zur Demokratie, und es spiegelt endlich auch den aufrichtigen Geist eines Helmut Kohls wider. Man darf hoffen, dass die SPD nun nicht aus Trotz oder Eigensinn die Umsetzung innerhalb der Koalition blockiert. Es sind genug SED-Opfer, deren Lebensabschnitt sich in der letzten Phase befindet und für die eine Realisierung der Forderungen auch die Anerkennung ihrer Lebensleistung bedeuten würde.

Abgesehen davon richtet sich vorstehender Wunsch auch an die Büros der Politiker. Wieder und wieder bemüht sich unser Kamerad Karl-Heinz Genath um Besserungen der Sozialleistungen. Die Antworten, so sie gegeben werden, zeigen wenig Verständnis für einen Menschen, der sich mit über 90 Jahren für sich und für andere einsetzt. Dies sei freilich eher am Rande bemerkt. Ins Staunen gerät man, wenn man das Datum des Positionspapiers der CDU/CSU mit einem Schreiben des Bundeskanzleramtes vergleicht. Das vorgenannte Papier datiert auf den 19. März, während das Kanzleramt am 28. März mitteilt*: Die besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) hat weder Sozialhilfe- noch Rentencharakter. Eine regelmäßige Erhöhung, beispielsweise eine Anpassung an die allgemeinen Lebenshaltungskosten, hat der Gesetzgeber daher nicht vorgesehen.* Die Frage stellt sich, warum das Positionspapier im Kanzleramt nicht bekannt war und man nicht vielleicht darauf hätte verweisen können. So endet das Antwortschreiben eher sarkastisch: *Mir ist bewusst, dass Sie sich von Ihrer Zuschrift konkrete Hilfe der Bundeskanzlerin erhofft haben und ich diese Hoffnung leider enttäuschen muss.* Man darf hoffen, dass die Absage des Kanzleramtes nur auf einen mangelnden Informationsfluss zurückzuführen ist und Kanzlerin und Fraktion letztlich nicht getrennte Beschlüsse fassen. Denn dann würden sich die Opfer vielleicht doch falsche Hoffnungen machen.

Tom Haltern

Treue und verdiente Kameraden wurden zurecht geehrt

Goldene Ehrennadeln für Joachim Liebmann und Erhart Krätzschmar

Anlässlich ihres 90. Geburtstag wurden die VOS-Kameraden Erhart Krätzschmar und Joachim Liebmann mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Beide Kameraden haben dasselbe Schicksal: Sie wurden 1945 ihren Familien entrissen und ins GPU- Gefängnis Wurzen (Schloss) eingesperrt und zum Geständnis, als Werwolf aktiv gewesen zu sein, vom NKWD misshandelt und erpresst.

In den nächtlichen Verhören wurden sie wie alle anderen Betroffenen auch aus den Zellen geholt und brutal unter Schlägen zu Geständnissen gezwungen. Sie waren Opfer des NKWD-Stalin-Befehls Nr. 0016, wonach Personen zur Säuberung der eingenommenen Gebiete in Arrest zu nehmen und in die Speziallager zu überführen sind. Beide Kameraden wurden in das berüchtigte Speziallager Nr.1 nach Mühlberg gebracht, wo man seinerzeit bis zu 12.000 Männer und Frauen in 40 Baracken gefangen hielt. Die Mangelernährung und die fehlenden Möglichkeiten der Hygiene verursachten Geschwüre und Furunkel. Es starben in der Haftzeit 6.765 Mithäftlinge an den Erkrankungen, da es keine ausreichenden ärztlichen Behandlungen gab.

Anfang des Jahres 1947 gehörten Joachim Liebmann und Erhart Krätzschmar zu jenen bedauernswerten 921 Personen, die mit dem berüchtigten Pelzmützentransport nach Anschero-Sudschensk, einer Stadt in Sibirien, geschafft wurden und erst im Mai 1950 beziehungsweise im Juni 1952 die Heimat wiedersahen. Sie wurden als Arbeitssklaven in Steinkohlegruben, bis zu 1000 m unter Tage gefangen gehalten.

Ihr Schweigen über die Gefangenschaft dauerte bis zur politischen Wende 1989/1990. Während die Vereinigung der Opfer des Stalinismus schon seit Februar 1950 in Westberlin und in der Bundesrepublik existierte, gründete sich die Wurzener Bezirksgruppe erst 1991 auf Initiative von Otto Jacob. Nach dem Tod des Wurzeners 1995 übernahm der Bennewitzer Rolf Starke (1929 – 2014) die Leitung und ab 2014 dann Horst Radigk. Wir wünschen den zwei Jubilaren vor allem Gesundheit und weitere glückliche Jahre im Kreise ihrer Familien und der VOS-Kameraden.

Frank Nemetz, VOS-Sachsen
Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Hinweis: Im Zeitzeugenbuch, das mittlerweile erschienen ist und in dem über Schicksale berichtet wird, kann auch man die ausführlichen Berichte über die Zeit im Speziallager Nr.1 von Mühlberg nachlesen. Hier heißt es: „Den Willen zu verlieren, war der halbe Tod.“ Ein Bekenntnis, mit dem sich auch die anderen Haftopfer zum Ende der schlimmen Zeit quälten und das sie zum Vorbild für die Jugendlichen der heutigen Zeit macht. Weitere Informationen zu Haftschicksalen und Haftbedingungen liefert das neue Buch über das Speziallager Nr.2 Buchenwald, das den Titel trägt: „Die bitterste Zeit unseres Lebens“. Diese beiden Publikationen können über den Landesverband Sachsen der VOS kostenlos abgefordert werden. Außerdem finden sich Zeitzeugenporträts und Berichte im unter dem Internet-Portal www.vos-sachsen- zeitzeugenerinnerungen.de.

Das Foto zeigt die Jubilare in trauter Runde mit dem VOS-Vorsitzenden von Sachsen, Frank Nemetz (links), der zur Feierstunde aus Dresden angereist war. Unten in der Mitte ist Horst Radigk, der die Feier organisiert hatte.

Weiterhin auf dem Foto: Hartmut Brix (oben Mitte) und Wurzens Altbürgermeister Jürgen Schmidt (oben rechts). Die Jubilare befinden sich in der unteren Reihe des Bildes: Erhart Krätzschmar (unten links) und Joachim Liebmann (unten rechts). Der Redakteur der Freiheitsglocke dankt Thomas Kube, der dieses Foto aufgenommen und kostenlos für diesen Bericht freigegeben hat.

Situation: Unklar ist, wie lange sich die Bezirksgruppe Wurzen, die eine lange Tradition hat, noch halten wird. Die Altersstruktur weist auch hier einen hohen Durchschnitt aus. Die Kameraden, die noch vor der Gründung der DDR Opfer des Terrors wurden, nehmen zahlenmäßig ab. Mit dem bedauerlichen Tod von Helmut Janke ging ein wichtiger Organisator verloren. Wiewohl die VOS stolz auf ihre „Neunziger“ ist, fehlen jüngere Kräfte. Selbst Horst Radigk ist mit achtzig Jahren nicht dauerhaft belastbar. Dennoch ist er derjenige, der für den Verband kämpft und immer wieder zumutbare Treffen zustande bringt. Eine große Hilfe für das vorläufige Bestehen der Gruppe ist die finanzielle Unterstützung der CDU und des Bürgermeister, Herrn Röglin (SPD). *Valerie Bosse*

Die Würde zurückgegeben und die Erinnerung gepflegt

Namenstafel am Ehrengrab wurde am 28. Februar 2019 feierlich eingeweiht

Dank der Initiative von Kameradin Rosel Werl bekamen die unschuldig zu Tode gekommenen Opfer von Waldheim und Hoheneck am 28. Februar 2019 am Ehrengrab in Chemnitz auf dem Friedhof in der Reichenhainer Straße ihre Namen und damit ein Stück ihrer Würde zurück. In dem Gemeinschaftsgrab liegen die Urnen von 136 Menschen. Es sind Männer, Frauen und Kinder. Sie starben zwischen 1950 und 1952 an den entsetzlichen Haftbedingungen in Waldheim und Hoheneck. Sie wurden zunächst eingeäschert und die Urnen auf den Dachböden der Haftanstalten eingelagert. Im Oktober 1957 erfolgte die anonyme Beisetzung im Urnengrab auf dem Chemnitzer Friedhof.

Mehr als dreißig Jahre später begannen die ehemaligen Waldheimer Häftlinge Benno Prieß und Heinz Lorenz (beide sind inzwischen verstorben) gemeinsam mit den ehemaligen Hohenecker Häftlingsfrauen Maria Stein, Gisela Gneist und Margot Jann nach den Namen der Verstorbenen zu forschen. Im Mai 1992 weihten sie die Grabanlage auf dem städtischen Friedhof ein, ohne die Nennung der Namen. Rosel Werl führte ihre Arbeit fort.

Zur Einweihung der Namenstafel erschienen etwa 50 Gäste, darunter Kameradinnen und Kameraden, Vertreter von Opferverbänden und Vereinen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie zahlreiche andere Gäste. Nach der Begrüßung durch VOS- Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich ließ der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Michael Kretzschmar ein Grußwort ausrichten. Er mahnte: „Jedes Detail über ihr Leben, die Umstände ihres Todes reißt sie aus dem Vergessen, das ihnen von den Tätern zugedacht war.“

Gemeinsam mit Marco Wanderwitz (Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern), Holker Thierfeld (Vorsitzender der VOS Bezirksgruppe Chemnitz-Stollberg-Hohenstein-Ernstthal) sowie Hugo Diederich (Bundesgeschäftsführer der VOS) enthüllte Kameradin Rosel Werl die Gedenktafel. Es erklang das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“.

Pater Bahrs von der katholischen Gemeinde in Stollberg segnete die Namenstafel mit dem Gedenkstein: „Die Namen der unschuldig zu Tode gekommenen Menschen sollen uns daran erinnern, dass nicht Gewaltherrschaft, sondern das friedliche Miteinander der Menschen dem Wohl der gesamten Menschheitsfamilie dient und dass nicht der Mensch das Maß aller Dinge ist.“

Es folgten die Ansprache des Oberbürgermeisters von Stollberg Marcel Schmidt und die Grußworte der Landtagsabgeordneten sowie die Gedenkworte von Dr. Bert Pampel (Stiftung Sächsische Gedenkstätten), von Frau Dr. Nancy Aris (Stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) und Vertretern von Opferverbänden.

Die Vertreter der Opferverbände erinnerten an die damaligen katastrophalen Haftbedingungen, die zu der hohen Sterberate führten.

Dazu gehörte auch der Beitrag von Alexander Latotzky (Vorsitzender Bautzen-Komitee/Kindheit hinter Stacheldraht) an jene Kinder, die im eiskalten Februar 1950 in Güterwagons aus Sachsenhausen nach Hoheneck gebracht wurden. Er appellierte: „Heute muss jeder Einzelne von uns das damals aufgezwungene Schweigen brechen und sich dem Schmerzhaften und manchmal Unbequemen stellen und laut und öffentlich darüber berichten.“

Die Grußworte von der AG Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e. V. überbrachte Rolf Schröder: „Die Tafel möge viele Friedhofsbesucher zum Nachdenken anregen: Nie wieder eine – wie auch immer geartete – Diktatur auf deutschem Boden! Nie wieder Willkür und erniedrigende Rechtlosigkeit!“ Da Paul Radicke vom Waldheimer Kameradenkreis aus gesundheitlichen Gründen an der Einweihung nicht teilnehmen konnte, sandte er die Grußworte: „Durch Nennung der Namen und Hinweis auf die Ursachen für ihr Sterben geben wir den unschuldigen Opfern einer Diktatur posthum die ihnen gebührenden Würde zurück.“ Frau Sann berührte alle anwesenden Gäste mit einem spontanen Gedicht von Edeltraud Eckert. Sie verstarb in Hoheneck an den Folgen eines schrecklichen Arbeitsunfalles und der unzureichenden medizinischen Behandlung der Kopfverletzung.

Vom Menschsein

Es ist ein Menschenwort vergeben,
für keinen ist die Straße eben.
Du irrtest auch, gestehest, ein leicht
ist es über Menschenschwächen,
den gnadenlosen Stab zu brechen,
schwer ist es immer Mensch zu sein.
Du zauderst oft die Hand zu heben,
um einem Menschen zu vergeben.
Dein Herz sagt ja, dein Hirn sagt nein,
du musst fühlen und entscheiden,
wer herzlos lässt den Menschen leiden,
verdient selbst nicht ein Mensch zu sein.

Gedicht von Edeltraud Eckert
Waldheim 1953
Verurteilt zu 25 Jahren,
verstorben infolge fahrlässiger
medizinischer Versorgung

Rosel Werl beschloss ihren eigenen Redebeitrag mit den einprägsamen Worten: „Mir geht es darum, dass die hier bestatteten Toten unvergessen bleiben, uns und den nachfolgenden Generationen Mahnung sind, dass sich solches Unrecht niemals wiederholt. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, der Jugend an diesen Schicksalen den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie vor Augen zu halten.“ Am Abend des 27. Februar 2019 bekam sie das goldenen Abzeichen der VOS für ihren jahrelangen und unermüdlichen Einsatz verliehen, den Verstorbenen des anonymen Massengrabes Nr. 18 in Chemnitz ihre Namen wiederzugeben.

➔ nächste Seite oben

→von voriger Seite unten

Viele Kameradinnen und Kameraden reisten am Vortag für einen gemeinsamen Abend in Chemnitz an. Sie sprachen über ihre Hafterfahrungen und sie teilten ihre Erinnerungen, vor allem an die inzwischen verstorbene Kameradinnen und Kameraden mit. An diesem Abend rezitierte die 90-jährige Frau Sann jenes Gedicht von Edeltraud Eckert, das die Einweihung am nächsten Tag begleitete. (Siehe vorhergehende Seite).

Die Dankesworte von Rosel Werl lauteten: „Wir danken der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die uns die Finanzierung der Veranstaltung ermöglicht hat. Ein besonderer Dank geht an den Leiter der Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Herrn Dr. Bert Pampel und an seinen Mitarbeiter Herrn Welm für die Unterstützung bei den umfangreichen Recherchen sowie an Hugo Diederich (Bundesgeschäftsführer der VOS), Holker Thierfeld (VOS Chemnitz), Reinhard Klaus (Lager Sachsenhausen) und an den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. für die tatkräftige Unterstützung bei den Vorbereitungen. *Steffi Lehmann, Chemnitz*

Fotos © *St. Lehmann (3 x Mitte) / Heinz Galle* (oben): Rosel Werl an der Grabplatte. H. Diederich und Irma Sann, Dr. Steffi Lehmann und Staatssekretär M. Wanderwitz (v. l.)

VOS mit wesentlichem Anteil bei Vorbereitung

Landesbeauftragter äußert sich positiv zu Aktivitäten

Bereits vorab übermittelte der Landesbeauftragte Sachsens eine Gruß- bzw. Informationsadresse zu dieser Gedenkstunde.

Im Ehrengrab Chemnitz befinden sich die Urnen von 136 Häftlingen der Haftanstalten Waldheim und Hoheneck: Männer, Frauen und Kinder. 1950 waren sie aus den sowjetischen Speziallagern nach Hoheneck und Waldheim überstellt worden und dort aufgrund katastrophaler Haftbedingungen gestorben. Um die hohe Sterberate zu vertuschen, hielt man die Todesdaten geheim und informierte die Angehörigen nur selten. Auch die sterblichen Überreste wurden in der Regel nicht den Familien übergeben. Dadurch wollte man öffentlichkeitswirksame Trauerfeiern vermeiden. Die Anfang der 1950er Jahre verstorbenen Häftlinge wurden eingeäschert, ihre Urnen auf den Dachböden der Haftanstalten eingelagert. Erst 1957 wurden sie anonym im Urnengrab Nr. 18 beigesetzt. Nach dem Zusammenbruch der DDR begannen ehemalige Häftlinge, die damaligen Ereignisse zu rekonstruieren und die Namen der Toten zusammen-zutragen. 1993 wurde auf ihr Engagement hin von der Stadt Chemnitz die Grabanlage errichtet und feierlich eingeweiht, jedoch ohne eine namentliche Nennung der Opfer. Dafür setzten sich Vereinsmitglieder der VOS ein, denn sie wollen durch die Namensnennung der Verstorbenen am authentischen Ort eine Erinnerungskultur fördern, die einerseits den Familien und Haftkameraden ein Abschiednehmen ermöglicht und andererseits in die Zukunft gewandt ist. „*In Schulprojekten können SchülerInnen durch aktives Erforschen einzelner Schicksale das Leben in Diktatur und Demokratie erforschen und Rückschlüsse ziehen*“, heißt es in einem Schreiben der Opfervereinigung.

Der Landesbeauftragte würdigt das Engagement der VOS, die maßgeblich dazu beigetragen hat, diese Idee umzusetzen, ausdrücklich. Dr. Nancy Aris wird bei der Gedenkfeier anwesend sein und zu den Gästen sprechen. „*Heute, fast siebzig Jahre nach dem Tod der Häftlinge, bekommen die einst anonym beigesetzten, vertuschten Opfer der SED-Diktatur ihren Namen und ihre Geschichte zurück. Dieser Schritt ist sehr wichtig, weil Unrecht sich immer im Konkreten abspielt und die Erinnerung daran auch konkret und anschaulich sein sollte*“, meint Lutz Rathenow. *Dr. Nancy Aris*

Selbst die Thüringer Wachsenburg war als Internierungslager geplant

VOS-Jugendgruppe mit erfrischendem Ausflug und geschichtlich wichtigen Informationen

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
Ich möchte euch wieder von einem Ausflug mit unserer Jugendgruppe des VOS-Landesverbandes Thüringen berichten. Unter dem Motto „Eigene Geschichte für junge Menschen erlebbar gestalten“ machten wir uns zunächst auf den Weg zur Wachsenburg, einer der drei Burgen, die zu den *Drei Gleichen* an der ehemaligen mittelalterlichen Handelsstraße Via Regia, die Ost und West miteinander verbunden hat, gehört.

Auf der Wachsenburg angekommen, erhielten wir geschichtlich interessant-brisante Informationen zur DDR. Ein Zeitzeuge der ehemaligen *Organe*, den wir hier trafen, berichtete uns von den konkreten Plänen der Stasi, denen zufolge auf der Wachsenburg bei Eintreten einer Krisensituation ein Internierungslager für verdächtige und widerständige Bürger aus dem eigenen Volk eingerichtet werden sollte. Als Datum war der Tag X festgelegt worden. Auf unsere bange Frage „Hättet ihr auch auf die Internierten erschossen bzw. sie getötet?“, gab es die klare Antwort: „Wenn der Befehl dazu gekommen wäre, dann ganz sicher!“

Wir als Betroffene, die einer jungen Generation authentisches Wissen vermitteln möchten, waren erschüttert, dass es an derart markanten Schauplätzen keine Erinnerungstafel und noch nicht einmal einen informativen Eintrag in die Jahresabläufe gibt.

Offenbar gibt man sich in Thüringen große Mühe, die Verbrechen und Schandtaten der SED und ihres Organs „Schild und Schwert der Partei“, wie sich die Stasi gern nannte, zu verheimlichen. Ist dies von einer Mehrheit der Bevölkerung Thüringens wirklich so gewollt oder liegt hier die Strategie der von der Linken geführten Regierung zugrunde?

Weiter ging es zu einer traditionsreichen thüringischen Stätte: zum Bratwurstmuseum Holzhausen, das sich nahe der Wachsenburg befindet. Jeder Tourist, der Thüringen besucht, wird schnell erfahren, dass die Nationalspeise der Thüringer … die Thüringer Rostbratwust ist. In diesem Bratwurstmuseum ist alles, was die Bratwurst angeht, in unterhaltsamer Weise dargestellt. Und natürlich kann sich der Besucher von dem hervorragenden Geschmack dieser oft nachgeahmten, aber in ihrer ursprünglichen Köstlichkeit nie erreichten Qualität überzeugen.

Mit etwas Bedauern betrachteten die Gäste schließlich die Schweine, die einstmals in Thüringens freier Wildbahn heimisch waren. Irgendwann werden sie geschlachtet und zur Bratwurst verarbeitet. Wer es nicht ertragen kann, sollte besser Vegetarier werden …

Der Ausflug dauerte bis zum späten Nachmittag. Die Jugendlichen nahmen auch diesmal wieder eine Menge an Wissen und Eindrücken mit, und sie taten trotz des Verzehrs einer originalen Bratwurst viel für ihre körperliche Fitness.

Wünschenswert wäre es, wenn sich weitere junge Menschen für den nächsten Ausflug in die Geschichte und die Heimat interessieren würden. Mittlerweile hat der Bundesgeschäftsführer der VOS Möglichkeiten gefunden, das lobenswerte Projekt finanziell zu unterstützen, worüber sich Falk Weichert als Jugendgruppenleiter, Timy Frohn (Foto) als Chauffeur und nicht zuletzt Norbert Wagner als Vorsitzender der Bezirksgruppen Erfurt und Gera freuen würden.

Norbert Wagner / Bezirksgruppe/ Fg

Info eins: Das Bratwurstmuseum Holzhausen (Amt Wachsenburg, Bratwurstweg 1) wirbt mit vielen bunten Eindrücken im Internet. Nicht nur gastronomischer Service wird hier geboten, sondern in kultureller Hinsicht ist manches zu erfahren.

Info zwei: Die Drei Gleichen sind drei mittelalterliche Burgen, die sich bei der Durchfahrt auf der Autobahn 4 beeindruckend zeigen. Neben der Veste Wachsenburg gehören die Mühlburg bei Mühlberg und die Burg Gleichen bei Wandersleben dazu. Inwieweit zu DDR-Zeiten auf der Wachsenburg ein Internierungslager für „feindlich-negative Elemente“ eingerichtet werden sollte, bedarf weiterer Nachforschungen. Ein Argument in diese Richtung wäre die Tatsache, dass Teile des Geländes nicht zugänglich waren, was seinerzeit mit dem offensichtlichen Verfall aller drei Burgen begründet wurde.

Hinweis: Lesen Sie zum Thema Internierungen/ Isolierungen den Beitrag von Reinhard Köhler auf den Seiten 18 bis 19 in dieser Ausgabe.

Ein Scherbenhaufen?

Wagenknecht tritt vom Fraktionsvorsitz der Linken zurück

✉ Nun kommt es Schlag auf Schlag! Am Sonntag, 10. März 2019, gab Sahra Wagenknecht die Führung ihrer 2018 gegründeten Sammlungsbewegung „Aufstehen“ ab, und am Montag, 11. März, kündigte sie an, im Herbst vom Fraktionsvorsitz der Partei „Die Linke“ im Bundestag zurücktreten zu wollen. Während ihre Partei unter Kipping und Riexinger eine linkssozialdemokratische Politik betreibt, um Koalitionen eingehen zu können, hielt die Tochter eines persischen Studenten in Westberlin und einer Ostberlinerin am Marxismus- Leninismus fest, auch wenn ihr durch die DDR-Behörden 1988 das Studium in Jena verweigert wurde. Als Rücktrittsgrund gab sie Erschöpfungszustände an, nachdem sie Anfang 2019 schon einmal acht Wochen am Stück hatte pausieren müssen.

Die in Volkswirtschaft promovierte Politikerin, die Walter Ulbricht verehrte und sowohl den Aufstand vom 17. Juni 1953 wie auch den Prager Frühling zu „konterrevolutionären Akten“ erklärte, war mit ihrer „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der Partei schon seit Jahren gescheitert. Auch die Bewegung „Aufstehen“, mit der sie durch die Einbeziehung linker Sozialdemokraten und linker Grüner die Operationsbasis für linke Politik vergrößern wollte, war eine Totgeburt, aus der Not geboren, weil *Die Linke* auf Bundesebene über zehn Prozent nicht hinauskam. Viele in ihrer Partei werden sich über den Rücktritt freuen, ganz besonders ihr schärfster Gegner Gregor Gysi.

Jörg Bernhard Bilke

Das Zitat:
Auch ein Scherbenhaufen kann, wenn die Sonne auf ihn scheint, die Welt erleuchten. Ein Scherbenhaufen bleibt er trotzdem.

Valerie Bosse

Eine Frage:
Monika Grütters tritt als Vorsitzende der Berliner Landes-CDU zurück. Ein (weiterer) Sieg der Linken oder setzt sich hier ganz einfach die Schwäche der Bundes-CDU weiter fort? *B. Thonn*

Knabe wieder einsetzen

Entlassung ist ein Rachefeldzug des kommunistischen Mobs

Hiermit wende ich mich als Mitglied der VOS, Referent für Führungen, als ehemaliger politischer Gefangener der Stasi und zuletzt als Hauptsachgebietsleiter der Obersten Bauaufsicht der Senatsbauverwaltung an die interessierte oder betroffene Öffentlichkeit.

Infolge meiner Tätigkeit im Senat habe ich die bauaufsichtliche Genehmigung zur sogenannten Nutzungsänderung des Staatssicher-

Stimmen aus der VOS

gefängnisses Berlin- Hohenschönhausen zur Gedenkstätte erteilt. Durch mein frühes Eingreifen l990 blieben die Gebäude und die anderen baulichen Anlagen (darunter die sogenannten Tigerkäfige) erhalten. Ebenso Fahrzeuge (Transportwagen der Post, der sogenannte Grotewohl-Express), die Krankenabteilung u. a. Denn schon der damalige Kultursenator Flier (Linke) wollte diese Gebäude verfallen lassen, indem er keine Reparaturen ausführen lassen wollte. Dieses habe ich der Öffentlichkeit mitgeteilt und damit die Zerstörung verhindert. Flier wurde danach abgesetzt.

Dr. Knabe hat mich und ich ihn bei dieser Aufgabe (Einrichtung der Gedenkstätte) voll unterstützt. Auf Grund von Knabes hervorragenden Kenntnisse und seiner ausgezeichneten Qualifikation wurde die Gedenkstätte schnell im In- und Ausland (bis nach Skandinavien) bekannt, und sie war besonders bei Abiturienten und Studenten für Besuche gefragt.

Es gab schon damals Störversuche der Linken, wahrscheinlich ehemaliger Stasi- und SED- Nachfolgepartei-Mitglieder, in Form von unsachlichen, hetzerischen Rufen und Zwischenreden, auch bei den Führungen und Vorträgen.

Dr. Knabes intensive und umfangreiche qualifizierte auch fachliche Literatur (mehrere Bücher) z. B. „Die Täter sind unter uns“ hat zur Aufklärung der Verbrechen und Morde der DDR-Kader geführt, was zu regelrechten Hasstiraden, nicht nur gegen Dr. Knabe, sondern auch gegen alle anderen beteiligten ehemaligen politischen Gefangenen, führte.

Deshalb ist auch das unsachliche Vorgehen von Herrn Lederer gegen den überzeugten Demokraten Dr. Knabe nur als Rachefeldzug des kommunistischen Mobs erklärbar. Die ca. 100 Millionen Mordopfer des Weltkommunismus sind und sollen niemals vergessen werden. Dr. Hubertus Knabe ist sofort wieder einzusetzen!

Eberhard Kaduk, Berlin

Wahrheitssuche heute

Sollen die Täter die Geschichte der Opfer wirklich aufarbeiten?

Kein Christ darf einen anderen Menschen an seiner unrühmlichen Vergangenheit messen. Was zählt, sind die Handlungen nach seiner Einsicht. Wir müssen uns selbstverständlich korrigieren dürfen, bis die Wahrhaftigkeit das Fundament unseres Wesens ist. Aber dieses Ziel darf niemand dadurch in Frage stellen, dass er sich selber untreu wird. Gewiss ist keiner gut beraten, wenn er aufgefordert wird, seine Überzeugungen einfach über Bord zu werfen. Doch nicht jeder ist / war so anpassungsfähig.

In einigen Opferverbänden der SED-, DDR-Diktatur sitzen auch die Täter von einst und sollen die Gräuel, an denen sie beteiligt waren, aufarbeiten. Sind sie dazu wirklich fähig oder wollen sie sich über die Opfer reinwaschen? Die Täter arbeiten die Geschichte auf? Warum verschweigen so viele von ihnen ihre Vergangenheit?

Wie fühlen sich die Opfer der SED-Diktatur? Doch die Wahrheit rankt sich um uns. Sie kann sich niemals anpassen. Wir sind der Wahrheit verpflichtet. Die Toten, die Geknechteten, … der kommunistischen Gewaltherrschaft, haben uns verändert. Wir wurden noch nachdenklicher als sie von uns gingen. Für uns gibt es keine Täter unterschiedlicher Klassifikationen. Die braunen, wie die roten Täter müssen sich verantworten. Daher werden wir Täter beim Namen nennen und zwischen den Tätern keine Unterschiede machen.

André Rohloff

Bitte nicht vergessen: „DDR-Geschichte geht auch West-Bürger an“

Die VOS-Vertreter und das Zeitzeugen-Projekt blicken zuversichtlich auf die weitere Zusammenarbeit mit Heiko Hendriks, dem Landesbeauftragten in Nordrhein-Westfalen

Wollte man am Ende dieses Rund-Tisch-Gespräches aus Sicht der SED-Opfer ein Fazit ziehen, könnte man festhalten: Es war eine Veranstaltung erster Klasse, und zwar sowohl was die Ansichten der Politik angeht wie auch hinsichtlich der Offenheit, mit denen den Wünschen, Vorschlägen und Anregungen der eingeladenen SED-Opfer begegnet wurde.

Doch der Reihe nach.

Am 4. April hatte der Beauftragte der NRW-Landesregierung für Heimatvertriebene, Spätaussiedler und Aussiedler Heiko Hendriks, der sich auch für die Belange der der SED-Opfer einsetzt, zu einem Treffen der Opferverbände eingeladen. Die VOS war u. a. durch ihren früheren Landesvorsitzenden Detlef von Dechend und die Projektleiter der Zeitzeugengruppe Alexander Richter und Christoph Becke vertreten, die im zweiten Teil der Veranstaltung über die Forderungen der SED-Opfer, bessere Sozialleistungen (u. a. die Dynamisierung der Besonderen Zuwendung) sowie einen zentralen Gedenkort in NRW zur Erinnerung an die Verbrechen des Kommunismus sprachen.

Anwesend waren auf Einladung des Landesbeauftragten der parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft Klaus Kaiser sowie Dr. Guido Hitze, der die Planungsgruppe Geschichte, Politik und Demokratie in NRW leitet. Ebenfalls eingeladen waren Frau Dr. Silke Flegel und Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutsche Geschichtsforschung Bochum, die seit mehr als zehn Jahren das Zeitzeugenprojekt der VOS-Gruppe in NRW betreuen.

Dass die Betreuung der SED-Opfer endlich eine spürbare Komponente der Landespolitik in NRW wird, begründete Heiko Hendriks u. a. mit der Zahl von einer Million Menschen, die seit der Teilung Deutschlands in NRW zugezogen sind. Damit setzt sich eine Tradition fort, die sich aus der frühen Zeit des vorigen Jahrhunderts, als der Bergbau viele Arbeitssuchende aus den damaligen deutschen und den polnischen Provinzen von jenseits der Oder anzog. Was die DDR und die Teilung Deutschlands betraf, so lag NRW im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht im Grenzgebiet der DDR.

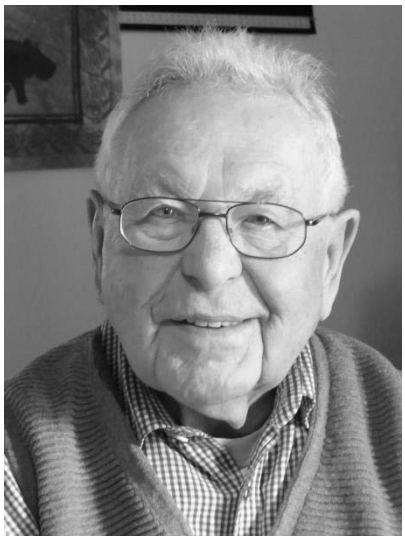
Umso wichtiger sei es, nun eine Verbindung zu schaffen und gerade den politischen Opfern ein Gefühl der Anerkennung zu geben. Entsprechend drückte es Heiko Hendriks in seinem Statement an die ehemaligen Widerständler aus: „Diese Zusammenkunft ist auch als eine Wertschätzung der NRW-Regierung anzusehen und soll Ihren Beitrag zum Mauerfall würdigen.“ Insgesamt zeigte sich insonderheit der Landesbeauftragte sehr gut informiert und auch engagiert. Seitens der ehemaligen politischen Häftlinge wird das Angebot zur Unterstützung durch die NRW-Regierung ausdrücklich begrüßt. Sowohl am Zeitzeugenprojekt wie auch an den Erinnerungs- und Aufarbeitungsbestrebungen halten die Opfer nachdrücklich fest. Begrüßt wird daher die geplante Einrichtung des Hauses der Geschichte. Hier soll ein vielgestaltiges Museum entstehen, das endlich eine zentral geführte Übersicht zur NRW-Historie gibt und über die Geschichte der ansonsten dominanten Fußballmächte hinausgeht. Unabdingbar wird das Thema DDR-Flüchtlinge in NRW einen ausreichenden Platz bekommen. Diese Zusicherung nahmen die Gäste ebenso mit wie das Angebot, eigene Vorschläge, Übersiedlerstorys oder Exponate einzubringen.

Für das Zeitzeugenprojekt NRW bietet sich ebenfalls die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zur Kontaktaufnahme mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Dass dieses Projekt durch die Veröffentlichung eines eigenen Newsletters in den letzten Wochen stark an Zuspruch gewonnen hat, bestätigte Frank Hoffmann in seinem kurzweilig informativen Impulsreferat. Zugleich äußerte er sich nach seinem jüngsten Besuch in Torgau bestürzt, als er erfuhr, dass Teile der Einwohnerschaft das dortige Museum zur Jugendhaftanstalt als „Haus der Lüge“ bezeichnen. Leider spiegelt sich in dieser Meinungshaltung ein Stück Zeitgeist wider, der in den Neuen Bundesländern nicht die Ausnahme ist.

Erfreulich, dass Heiko Hendriks, im Verbund mit der NRW- Landesregierung, die Bedeutung der Zeitzeugenarbeit im VOS-Projekt unterstrich. Seine Worte „DDR-Geschichte geht auch West-Bürger an“ haben die Opfer ermuntert, sie geben Hoffnung. Somit kann man den gemeinsamen Schlusssatz ernst nehmen: „Fortsetzung erwünscht!“ *ARK*

Vorbild und Kamerad

Unsere besonderen Glückwünsche gehen an unseren hochgeschätzten Kameraden Wolfgang Lehmann aus Rimbach, der Ende März seinen 90. Geburtstag beging.



Wolfgang Lehmann kam noch als halbes Kind in das Speziallager Ketschendorf und durchlitt ein schlimmes Schicksal, das er nur knapp überstand. Nach der Entlassung floh er in den Westen und baute sich mit seiner Frau eine neue Existenz auf. Nach dem Mauerfall hatte er wesentlichen Anteil an der Bewahrung des Gedenkens verstorbener Haftkameraden. Für seine Zeitzeugenarbeit an den hessischen Schulen wurde er ausgezeichnet. Den VOS- Kameraden ist er durch wichtige Beiträge in der Freiheitsglocke bekannt.

Bundesvorstand,
Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Haben wir 1989/90 zu früh triumphiert und uns zu viel versprochen?

Der ehemalige Bundesvorsitzende Rainer Wagner zieht eine schonungslose Bilanz

✉ Es ist traurig aber wahr, dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution werden mutige Kämpfer gegen das Stasi-System einzeln fertig gemacht und ausgeschaltet und Institutionen, die die Opfer der SED-Diktatur gradlinig oder auch manchmal nur halbherzig unterstützt haben, abgewickelt.

Erfüllt sich heute im Blick auf den Stasi-Staat DDR, was Bertold Brecht einst im Epilog von „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“, zum Nazi-Staat schrieb? "So was hätt' einmal fast die Welt regiert! Die Völker wurden seiner Herr, jedoch dass keiner uns zu früh da triumphiert. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch."

Vor 30 Jahren hofften und triumphierten wir Opfer und Widerständler, dass das „Gespenst des Kommunismus“, wie es Marx nannte, endlich in den Orkus der Geschichte versunken sei. Vorher aber ist es 70 Jahre durch das Blut von über 100 Millionen Unschuldigen gewatet.

Bald erlebten wir, wie sich die alten SED- Seilschaften etablierten und sich sogar die SED in die Parlamente und Behörden einzeckte.

Nun schien Freiheit und Demokratie sich weltweit durchzusetzen. Aber bald erlebten wir in Deutschland, wie sich die Wendehälse und alten SED-Seilschaften wieder etablierten und sich sogar die SED in die Parlamente und Behörden einzeckte. Bald verband sie sich mit ihren Gesinnungsgenossen aus den westdeutschen 68ern, die sich beim Marsch durch die Institutionen bereits in Parteien, Schulen, Medien und sogar Kirchen etabliert hatten. Die demokratische Öffentlichkeit fand sich schnell mit der Auferstehung des kommunistischen Gespenstes ab.

Und schon zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR erklärte Honeckers Witwe in Chile zur Entwicklung in Deutschland: „Die linken Kräfte werden mehr ... Die Zeichen für eine Rückbesinnung (auf die DDR-Verhältnisse – R. W.) stehen gut.“ Viele von uns lächelten noch über das Geunke der alten Frau. Heute aber sehen es viele schon ganz anders.

Die Entwicklung scheint Margot Honecker zumindest teilweise Recht zu geben. Der Einfluss der ehemaligen DDR-Opposition geht auf null zu. Einige ihrer Protagonisten sind altershalber aus ihren Funktionen geschieden. Andere wurden aus ihren Parteien heraus gemobbt und irgendwann auch von der CDU, auf die sie hofften, fallengelassen. Wie lange sich unser Kamerad Arnold Vaatz als CDU-Bundestagsabgeordneter noch halten kann, ist unbestimmt.

Solche Geschenke gleichen mehr dem Schnuller, mit dem man einen Säugling zur Ruhe bringen will.

Natürlich wirft man uns hin und wieder kleine Ehrenbezeugungen, oder minimale Erinnerungsgeschenke wie Bundesverdienstkreuze oder Gedenktafeln zu. Aber diese Geschenke gleichen wohl mehr dem Schnuller, mit dem man einen Säugling zur Ruhe bringen will. Letztlich wurden wir zu Grußonkeln oder -tanten bei Gedenktagen degradiert. Wer sich damit nicht zufrieden gibt oder gar aufmuckt, wird verdrängt und abserviert.

Heute erklärt man unwidersprochen, dass die Geschichte umgeschrieben werden muss. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution bestimmen Politiker der in Linke umbenannten SED, wie wir die DDR zu verstehen haben: Die Opfersicht darf den Blick auf die DDR nicht dämonisieren.

Nach dem würdelosen Rauswurf von Dr. Hubertus Knabe aus der von ihm zur Bedeutung gebrachten Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen sprachen es einige offen aus: Der bisherige antitotalitäre Konsens, nachdem die DDR zwar mit dem NS-Staat und seinem Jahrtausendverbrechen nicht gleichzusetzen ist, aber ebenfalls eine Diktatur war, muss aus dem historischen Bewusstsein eliminiert werden. Konkret heißt das: Die DDR war der gute Versuch, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Viele DDR- Errungenschaften wären auch für uns heute wünschenswert: Die problemlose Abtreibung, die Unterbringung der Kinder vom 2. Monat an, wenn nötig auch in Wochenkrippen.

Wenn heute der von der Stalinistin Clara Zetkin eingeführte 8. März in Berlin arbeitsfreier Feiertag ist oder die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) als Zeichen gelungener Frauenemanzipation jubelt, dass nun auch Frauen als Müllwerkerin schuften,

➔ nächste Seite oben

Um diese Forderungen ging es schon vor vier Jahren

Bevor ich 2015 von einer intriganten und opportunistischen Klicke aus meinen Ämtern gedrängt wurde, gehörte ich zur Bundestags-Expertenkommission über die Zukunft der Stasi- Unterlagenbehörde. Da sich abzeichnete, dass diese Kommission die Behörde schon damals abwickeln wollte, verfasste ich ein ausführliches Abschlussvotum meiner Sicht, welches mit folgenden Forderungen endete:

Die Position des Leiters der BStU sollte auf den gesamten Komplex Unrecht in der früheren DDR erweitert werden. Er könnte Bundesbeauftragter für die DDR-Diktaturfolgen sein.

Der Bundesbeauftragte sollte in jedem Fall direkt vom Bundestag gewählt und nur ihm verantwortlich sein.

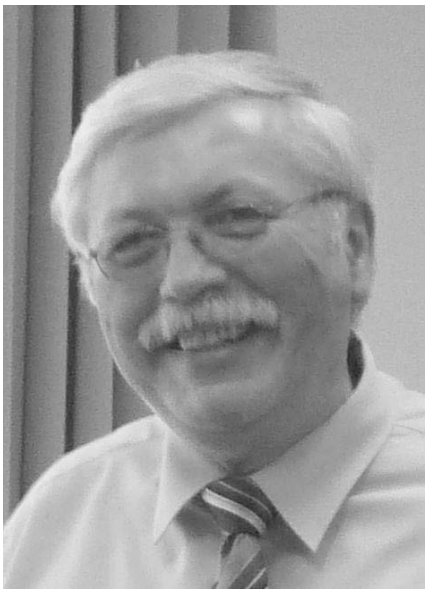
Die Akten der BStU müssen vollständig zusammengefasst bleiben. Sie sollten weiter dem Bundesbeauftragten unterstellt sein.

Eine zentrale Erfassung der Stasi-Akten macht die Zugänglichkeit leichter, wertet die Person des Bundesbeauftragten auf und garantiert die wissenschaftlich und historisch notwendige weitere Erschließung der bisher nicht zugänglichen Akten.

Rainer Wagner

dann erinnert dies doch alles stark an die Staatspropaganda von Schnitzlers oder dem Neuen Deutschland als Zentralorgan der SED. Uns als Opfer der SED-Diktatur erschüttert die neu gewonnene Kraft und Renaissance des „roten Gespensts“ im systematischen Ausschalten seiner früheren Gegner.

Ehemalige Stasi-Mitarbeiter kriechen aus ihren Löchern und erklären uns, den sogenannten Klassenfeinden aus DDR-Zeiten, wieder den (kalten) Krieg.



Konsequente Demokraten aus der früheren DDR, die bisher einen gewissen öffentlichen Einfluss hatten, werden jeweils einzeln zersetzt oder aus ihren Funktionen heraus gedrängt. In den letzten zwei Jahren wurden, teilweise durch Nötigung, durch Intrigen und Isolierung Persönlichkeiten wie Angelika Barbe, Günter Weißgerber, der Schriftsteller Siegmar Faust, der langjährige politische DDR-Häftling und Gründer des Fördervereins Hohenschönhausen Dr. Jörg Kürschner, und als Höhepunkt Dr. Hubertus Knabe ausgeschaltet. Sie wurden wie zu DDR-Zeiten verleumdet und zersetzt. Auf ihrer Ehre wurde herum getrampelt.

Sicher hat jeder der Betroffenen auch seine persönlichen Schwächen. Dennoch ist es traurig, dass deshalb oft die Solidarität von unserer Seite den Betroffenen gegenüber zu wünschen übrig lässt. Wenn z. B. ein Brandenburger CDU-Politiker, der selbst politischer Häftling war, signalisiert, dass die CDU und die Linken auch gemeinsam eine Regierung bilden können und er dann noch selbst den ehrverletzenden Rausschmiss von Siegmar Faust und Hubertus Knabe mit voran treibt, fragt man sich, wo da noch Kameradschaft unter uns zu erkennen ist.

Die letzte Hiobs-Botschaft war nun, dass auch die Stasi- Unterlagenbehörde abgewickelt wird. Nachdem schon die Rekonstruktion der zerrissenen Stasi-Akten durch ein vom Frauenhofer-Institut weit entwickeltes Computersystem eingespart wurde, ist jetzt die ganze Behörde dran. Dabei war sie, bei aller Schwäche und zeitweiliger Inkonsequenz, doch unsere (!) Behörde und was sie verwaltete waren unsere (!) Akten. In ihnen sind unsere Not und unser Elend dokumentiert. Nun sollen die Akten in der Mammutbehörde namens Bundesarchiv verschwinden. Die Versprechen, dass wir weiter problemlos Zugang zu den Akten behalten, sind kaum das Papier wert, auf dem sie stehen. Nachdem uns in der DDR von den Linken Freiheit, Lebenszeit in den DDR-Zuchthäusern, Gesundheit und Eigentum genommen wurden, vergreift man sich nun also auch noch an unseren Akten.

Dabei war diese Behörde bei aller Schwäche und zeitweiliger Inkonsequenz, doch unsere Behörde. Und was sie verwaltete, waren und sind unsere Akten. In ihnen sind unsere Not und unser Elend dokumentiert.

Möglicherweise haben wir, wie es Brecht formulierte, zu früh „triumphiert“. Es ist bitter, dass vieles von dem was wir meinten mit der friedlichen Revolution errungen zu haben uns Stück für Stück genommen wird.

Die DDR scheint aus ihren „Ruinen“ wieder „auferstanden“ zu sein. Zersetzung und Ausschaltung des Klassenfeindes geschieht heute mit anderen Mitteln als unter Ulbricht, Honecker und Konsorten. Aber wenn wir nicht wachsam sind, wird die neue Form der Stasi-Unterdrückung effektiver und vor allem noch eleganter werden.

Ich hoffe, dass unsere VOS weiter das Rückgrat behält, dass sie nun schon fast 70 Jahre zeigt, und nicht dem Zeitgeist nachläuft wie andere Opfer-Unionen.

Rainer Wagner
Ehemaliger
Bundesvorsitzender
der UOKG und VOS

Lesermeinungen

Berlin und der Frauentag: Peinlich und verfälschend

Die Euphorie zum Frauentag kann ich nicht kommentarlos passieren lassen. Zugegeben, nicht nur bei mir, sondern auch meiner Frau werden bei diesem Thema die Erinnerungen an den peinlichen Frauentagskult der DDR wieder wach! Die überdimensionierte Berichterstattung in den Medien zu diesem ideologisch belasteten Feiertag übertüncht das Ziel der ideologischen Instrumentalisierung, das die SED einst verfolgte. Genug Frauen stöhnen heute genauso wie zu Zeiten der DDR: Frauenrechte und Blumensträuße schön und gut, aber bitte nicht nur, weil es diesen Feiertag (wieder) gibt und um sich einer lästigen Pflicht zu entledigen.

Wie sich herausstellt, sind es ohnehin nur 34% der Deutschen, die den Frauentag als Feiertag begrüßen. Er bleibt damit hoffentlich ein rot-rot-grünes Berliner Phänomen mit Handelsumsatzsteigerungen für das Brandenburger Umland.

Man muss diesen Tag auch nicht mit *AKK* rechtfertigen, sie hätte es sicherlich auch ohne Frauentag an die Spitze der CDU geschafft.

Manfred Kruczek

VOS: Mit Mut gemeinsam aus der Defensive

Es war für mich gestern eine schöne Überraschung zwei Zitate von mir in der FG zu finden.

Irgendwie sollten wir, und damit meine ich nicht nur die VOS, raus aus der Defensive, in welche wir m. E. gedrängt worden sind.

Martin Pescheck

Kann ein Mensch nach diesen Erfahrungen wieder heimisch werden?

Der Tod des langjährigen UOKG-Vorsitzenden Horst Schüler schmerzt und reißt eine tiefe Lücke
Ein Nachruf und eine Würdigung auf einen hervorragenden Kameraden von Stefan Krikowski

Diese Augen. Wer in diese Augen geschaut hat, spürt, dass sie weit mehr gesehen haben, als einem Menschen zuzumuten ist. Über viele Jahre hatte Horst Schüler in die Abgründe des Gulags geblickt. Durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) war er am 5. März 1952 im berüchtigten KGB-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta verurteilt worden. Die engsten Familienangehörige und seine Ehefrau wussten nichts über seinen Verbleib. Über viele Jahre war er einfach spurlos verschwunden.

Zu einer Zeit, als es Menschen gab, die freiwillig von Hamburg in die DDR zogen, war er froh, überhaupt nach Hamburg ziehen zu können, zusammen mit seiner Ehefrau Ingrid, die all die Jahre trotz Ungewissheit über seine Inhaftierung auf ihn gewartet hatte. Hamburg bedeutete für die noch junge Familie Freiheit. Eine Freiheit, die oft auch schmerzte, denn zu seinen bittersten Erfahrungen gehörte, dass in der Freiheit die Wenigsten von seinen Erfahrungen im Gulag hören wollten.

Geboren am 16. August 1924 in Potsdam-Babelsberg, wurde er als Kind Zeuge, wie die Nationalsozialisten seinen Vater Fritz Schüler, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, drangsalierten, verfolgten, schließlich am 3. März 1942 letztmalig verhafteten und in das Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstraße brachten. Von dort wurde Fritz Schüler in das KZ Sachsenhausen deportiert, wo er am 5. Dezember 1942 starb.

Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Horst Schüler als Journalist bei der Zeitung *Märkische Volksstimme* in Potsdam, in der er unter dem Pseudonym „Kiekeohr“ u.a. die Versorgungsmissstände in der DDR kritisierte. Als er sich weigerte, als Spitzel für den sowjetischen Geheimdienst zu arbeiten, wurde er am 4. November 1951 verhaftet und – bittere Ironie der Geschichte – ebenfalls in die Potsdamer Lindenstraße gebracht, die diesmal der sowjetischen Besatzungsmacht als Untersuchungsgefängnis diente. Vor zehn Jahren hatte er hier seinen von den Nationalsozialisten verhafteten Vater besucht. Sein Vertrauen darauf, dass man ihm als anerkanntem Opfer des Faschismus (OdF) nichts anhaben könne, hatte sich als Trugschluss erwiesen.

Nach Monaten der Schläge, Folter und nächtelangen Verhöre wurde Horst Schüler schließlich am 5. März 1952 durch ein Sowjetisches Militärtribunal nach dem Gummiparagraphen 58 des russischen Strafgesetzbuches wegen „Spionage“ zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Bis zu seiner vorzeitigen Freilassung Ende 1955 verbüßte er diese Strafe im berüchtigten Straflager Workuta. Mit seinen über 40 Straflagern und dazugehörenden Kohleschächten war Workuta einer der härtesten Gulag-Komplexe im sowjetischen Lagersystem.

Als Arbeitssklave des 29. Kohleschachtes (Lager 10) nahm Horst Schüler im Juli 1953 aktiv am Aufstand gegen die Arbeits- und Haftbedingungen teil. Dieser wurde am 1. August 1953 blutig niedergeschlagen: 64 Tote und über 123 zum Teil schwer Verletzte waren zu beklagen. Kann ein Mensch nach einer solchen Gewalt- und Ohnmachtserfahrung wieder heimisch werden? Augenscheinlich führte Horst Schüler mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern in Hamburg eine ganz normale bürgerliche Existenz. In der Hansestadt setzte er erfolgreich seine Arbeit als Journalist fort und wurde leitender Redakteur beim *Hamburger Abendblatt*.

Wie sehr Workuta den seelischen Klangraum Horst Schülers verändert hatte, davon zeugt eine Passage aus seinem Buch „*Workuta – Erinnerung ohne Angst*“. Hierin setzt er sich mit dem Unverständnis der Nachgeborenen auseinander: Natürlich könnt ihr nicht ahnen, wie sehr diese Zeit im Lager unsere Seelen deformiert hat. Wie sollt ihr begreifen, daß wir zusammenschrecken beim Anblick eines verrotteten Stacheldrahtzauns. *Daß der Hochstand eines Jägers uns unweigerlich an einen Wachturm erinnert? Daß wir bei einem sorgsam geharkten Weg an die verbotene Zone rings um das Lager denken, die niemand betreten durfte, es sei denn, er suchte den schnellen Tod. Daß wir uns innerlich dagegen auflehnen, wenn ihr leichthin vom Hunger sprecht, ohne überhaupt ahnen zu können, was Hunger wirklich aus Menschen machen kann. Und wenn wir beim Klang eines Hammerschlags auf Eisen zusammenfahren, wie sollt ihr es wissen? Selbst dieses harmlose Geräusch bringt uns zurück in die Welt der Lager. Mit Schlägen auf dem Stück Eisenbahnschiene nämlich, das am Tor hing, wurden die Häftlinge geweckt, wurden sie zur Arbeit befohlen, zur Zählung, zum Appell.*

→ nächste Seite oben

➔ *von voriger Seite unten*

Nach seinem Eintritt in den Ruhestand, der zusammenfiel mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der DDR, reiste Horst Schüler 1992 als erster deutscher Journalist in die damals noch gesperrte Stadt Workuta. 1995 gründete er die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. So konnte er den jährlichen Treffen der ehemaligen Gulag-Häftlinge eine offizielle Organisationsform bieten. Den UOKG-Vorsitz hatte er von 2001 bis 2007 inne.

Horst Schüler war er ein geschätzter Interviewpartner. Er war ruhig und sachlich und musste nicht laut werden, um als Autorität wahrgenommen zu werden. Gerade in schwierigen Zeiten verstand er es wie kein anderer, Konflikte zu entschärfen, zu integrieren und zu vermitteln.

Dass Horst Schüler Journalist mit Leib und Seele war, lässt sich im Mitteilungsblatt der UOKG *Der Stacheldraht* nachlesen. Hierfür schrieb er regelmäßig die Editorials und äußerte sich auch zu aktuellen Themen. Seine Tätigkeit blieb jedoch nicht nur auf die UOKG beschränkt. Bis zuletzt hat Horst Schüler seine Stimme erhoben, so z. B. in der Auseinandersetzung um das 2013 von Wolfgang Benz herausgegebene Buch „*Ein Kampf um Deutungshoheit. Politik, Opferinteressen und historische Forschung*“.

Horst Schüler musste erleben, wie nachhaltig das Gift der Zersetzung, das die SED mit ihren Schergen so reichlich versprüht hatte, wirkte. Keine 30 Jahre nach dem Mauerfall nehmen die politischen Anfeindungen, die die Kritiker des Kommunismus in eine rechtsradikale Ecke zu stellen versuchen, an Heftigkeit zu. Horst Schüler bezog auch hier Position und wandte sich z. B. gegen die unbotmäßige Entlassung von Dr. Hubertus Knabe, dem Direktor der Berliner Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Nachdem dieser Stützpunkt für den antitotalitären Konsens mit allen – auch medialen – Mitteln geschliffen worden war, wurden die Stimmen, die eine andere Erzählung der DDR- Geschichtsschreibung fordern, immer lauter.

Ein vorläufig negativer Höhepunkt in der Umdeutung der DDR-Geschichte war die sog. Fachtagung in den Räumen der Amadeu-Antonio-Stiftung im Februar 2019 zum Thema „*Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung*“. Nahezu unwidersprochen wurde der ehemalige UOKG-Vorsitzende Gerhard Finn, Jahrgang 1930, in die Nähe von NS-Tätern gerückt.

Schon längst von schwerer Krankheit gezeichnet, kämpfte Horst Schüler weiterhin gegen die Verklärung und Verharmlosung der Verbrechen des Kommunismus. Er suchte den Dialog mit dem politischen Gegner, blieb immer sachlich und höflich, argumentierte hart in der Sache und nahm sein Gegenüber mit. Er wollte seine Gegner überzeugen, ohne sie zu diffamieren. Ihm war es ein Anliegen, die Opfer beider Diktaturen zu würdigen und ihren Anliegen gerecht zu werden.

Nun ist Horst Schüler am 27. März 2019 im Alter von 94 Jahren in Hamburg gestorben. Er erlag seinem Krebsleiden. Mit ihm verlieren wir eine unverwechselbare Stimme. Einer der letzten Zeugen des Gulags hat uns verlassen. Horst, wir vermissen dich und verneigen uns vor dir.

Stefan Krikowski,
Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion

Die Fotos (©: Stefan Krikowski) zeigen Horst Schüler bei den jeweiligen Treffen der Lagergemeinschaft Workuta 2007 (vorige Seite) und 2017.

Literatur: **Workuta. Erinnerungen ohne Angst.** Bei Amazon bewertet: dreimal fünf Sterne.

Aufrecht und geduldig

VOS trauert um Horst Schlüter

Ein Nach- und Mahnruf

Muss man bei jemandem, der mit 94 Jahren nach einem harten, aber auch erfüllten Leben trauern, oder muss man einen solchen Menschen, der bis zuletzt auch noch auf der vollen Höhe seiner geistigen Fähigkeiten war, nicht vielmehr beneiden?

Wenn wir für diese Frage die Antwort bei Horst Schüler suchen, so erfolgt sie eher umschreibend. Sie sollte lauten: Wir trauern sehr. Zum einen war uns Horst Schüler in seiner Aufrichtigkeit und freiheitlichen Gesinnung Vorbild und Unterstützer, zum anderen trauern wir, weil uns ein solcher Mensch, ein Kamerad gerade in der heutigen Zeit fehlt.

Noch Ende letzten Jahres hat der ehemalige Vorsitzende des Dachverbandes von Opfer- Gemeinschaften, die eigentlich zusammenhalten und zusammenarbeiten sollten, sein Unbehagen geäußert. Er, der mit Geduld und Verständnis diesem Dachverband lange vorgestanden hat und bis zuletzt ihr Ehrenvorsitzender war, hat sich unverhohlen kritisch zur Abberufung des Gedenkstättendirektors Hubertus Knabe geäußert. An wen er sich dabei wandte, ist im Internet nachzulesen.

Es kann also nicht verwundern, dass wir um einen Kameraden trauern, der sich im hohen Alter und im Angesicht einer schweren Erkrankung dennoch der Verantwortung der wahren Geschichtsaufarbeitung und der Erinnerung der Schicksale so vieler Kommunismus-Opfer – nicht nur jener der GULags – einer immer währenden Verantwortung bewusst bleibt?

Wir als VOS werden das Andenken an Horst Schüler, der ein aufrechter Demokrat war und seinen Kameraden immer trostvoll und hilfreich zur Seite stand, stets in Ehren halten.

Schade wäre es hingegen, wenn jener Dachverband, den Schüler so lange leitete, es nun bei leeren Bekundungen belassen würde, anstatt sich im Hinblick auf die Neubesetzung und Zielführung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen stark zu machen.

Hugo Diederich für die VOS

Im Konzept bleiben grundlegende Fragen ungeklärt

Der Landesbeauftragte von Sachsen sieht durch die Zusammenlegung der Archiv-Standorte auf eine Stelle wesentliche Nachteile für die regionale Aufarbeitung und die politische Bildungsarbeit

Pressemitteilung 3/2019 vom 15. März 2019 Zum Konzept des BStU und Bundesarchivs zur Zukunft der Stasi-Unterlagen

Am 13. März 2019 hat der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen dem Bundestag das vom Bundestag in Auftrag gegebene Konzept zur Zukunft der Stasi-Unterlagen übergeben. Es handelt sich dabei um ein gemeinsames Konzept des Bundesbeauftragten und des Bundesarchivs.

Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur begrüßt, dass endlich ein Konzept vorliegt, das die am 5. April 2016 dem Bundestag vorgelegten Empfehlungen der Experten-Kommission umsetzen soll.

Die von der Kommission geforderte und im Konzept beschriebene Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv dient dem dauerhaften Erhalt des Gesamtarchivbestandes der Staatssicherheit. Die im Konzept vorgestellten Überlegungen zur künftigen Sicherung, Rekonstruktion, Digitalisierung und Erschließung der Unterlagen sind sehr wichtig und zu begrüßen. Sie sollten umgehend umgesetzt werden, da der Zustand der Akten kritisch ist.

Leider bleiben im Konzept grundlegende Fragen ungeklärt. So gibt es zwar mehrfach Hinweise, dass der Aktenzugang verbessert werde, jedoch bleibt unklar, welcher rechtliche Rahmen zugrunde gelegt wird. Der spärliche Hinweis, dass für die künftige Nutzung der Akten im Bundesarchiv sowohl StUG als auch Bundesarchivgesetz geändert werden müssten, verdeckt das Ausmaß der zu berücksichtigenden Aspekte – angefangen vom Opferschutz bis hin zur Gebührenordnung. Hier wäre eine detaillierte Darlegung der zu bedenkenden Faktoren essenziell wichtig, um eine differenzierte und den komplexen Sachverhalten angemessene Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Ebenso sparsam ausgeführt ist das Standortkonzept in den Ländern. Der Landesbeauftragte ist mehr als verwundert, dass das vorgelegte Konzept hinter den bereits geschaffenen Tatsachen zurückbleibt. Es suggeriert eine Offenheit in der Standortfrage, die nicht mehr gegeben ist. Im Konzept scheint es, als ob die *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben* für jeden Außenstellenstandort eine Machbarkeitsstudie vorlegen würde. Mit keiner Silbe wird erwähnt, dass sie nur einen Standort pro Bundesland prüft und dass die Frage, welcher Standort als künftiger Archivstandort geprüft wird, bereits entschieden ist.

In Sachsen ist dies Leipzig.

Wenn Leipzig Archivstandort wird, dann wird die bisher in Dresden, Chemnitz und Leipzig praktizierte Bildungsarbeit künftig nur noch dort stattfinden. Das Transformationskonzept bedeutet für die Region, dass es regionale Aufarbeitung und archivpädagogische politische Bildungsarbeit zum Thema Staatssicherheit nicht mehr an zwölf Standorten, sondern ausschließlich an fünf Archivstandorten geben wird.

In Sachsen ist es mit Leipzig ausgerechnet der Ort, der mit Abstand jetzt schon die meisten Angebote zu diesem Thema bereithält. Perspektivisch gesehen werden die Standorte Chemnitz und Dresden auf Dauer keine Existenzgrundlage haben, weil die ihnen im Konzept zugewiesenen Aufgaben auch durch andere Einrichtungen – wie beispielsweise die Landesbeauftragten – übernommen werden können.

Lutz Rathenow dazu:

Die vorschnelle Fokussierung auf Leipzig als Archivstandort, ohne Chemnitz und Dresden geprüft zu haben, finde ich falsch. Die in Berlin durch Zusammenlegung von Aktenbeständen vorgesehene und zu begrüßende Bündelung von Überlieferungen wird es in Sachsen nicht geben.

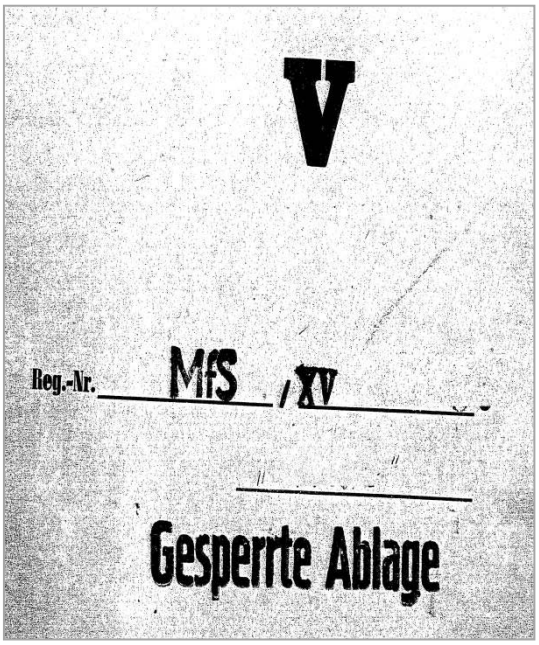
Im Gegenteil: In Chemnitz und Dresden werden die Überlieferungszusammenhänge auseinandergerissen und damit die Recherchemöglichkeiten verschlechtert. Versteht man den Archivstandort auch als Multiplikator, der die Auseinandersetzung mit dem Thema Stasi in die Gesellschaft hineinträgt, so wäre es wichtig, dort zu agieren, wo es diesbezüglich kein Überangebot, sondern Defizite gibt. Auf Sachsen bezogen wäre das Chemnitz. Sicher würde ein Ja für Chemnitz auch die im Aufbau befindlichen Gedenkstätten Frauenzuchthaus Hoheneck und Kaßberggefängnis befördern. Die herausragende Bedeutung Sachsens spräche aber auch für zwei Archivstandorte. Sonst ergäbe das Konzept eine deutliche Verschlechterung für die DDR-Aufarbeitung in Sachsen mit Rückwirkungen über Sachsen hinaus.

Dr. Nancy Aris
Stellvertretende Landesbeauftragte

Foto (© VOS Chemnitz): Feierliche Einweihung des Ehrengrabs in Chemnitz

Ein menschenverachtendes, moralisch verkommenes Staatssystem

Mit Mielkes Dienstanweisung vom 8. Oktober 1989 unternahm die DDR einen letzten Schritt zur Kriegsvorbereitung gegen das eigene Volk
Eine Untersuchung von Reinhard Köhler



Während sich SED-Chef Honecker 1987 bei einem Besuch in Bonn von westlichen Politikern hofieren ließ, plante MfS- General Mielke bereits die Internierung Tausender DDR-Bürger. Lesen Sie nachfolgend, was Reinhard Köhler in ehemals geheimen Akten entdeckte.

Am 8. Oktober 1989 um 16.20 Uhr traf in der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Erfurt die Dienstanweisung VVS (Vertrauliche Verschlusssache – d. Red.) MfS 0008-71/89 ein.

Was beinhaltete sie?

1. Volle Dienstbereitschaft für alle Diensteinheiten bis auf Widerruf. Waffenträger haben die Waffe ständig bei sich zu führen. Ausreichend Reservekräfte sind bereitzuhalten, deren kurzfristiger Einsatz, auch zu offensiven Maßnahmen zur Unterbindung und Auflösung von Zusammenrottungen, ist zu gewährleisten ist.
2. Sicherung der Dienstobjekte und Wohnobjekte von MfS-Angehörigen.
3. Alle geeigneten und verfügbaren IM/GMS sind unverzüglich lagebezogen zum Einsatz zu bringen.
4. Einschätzung und Neubewertung aller operativen Vorgänge, operativen Personenkontrollen und operativen Ausgangsmaterialien. Es sind geeignete Maßnahmen festzulegen, um erforderlichenfalls kurzfristig die Zuführungen bzw. Festnahmen solcher Personen zu realisieren. Überwachung von Ausreiseantragstellern, oppositionellen Bewegungen usw.
5. Herstellung von direkten Verbindungen zu Leitern staatlicher und wirtschaftsleitender Betriebe um Erfordernisse des Zusammenwirkens festzulegen, Informationen über die Lage in den Betrieben zu bekommen. Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte zur Unterstützung.
6. Verstärkung der Abwehrarbeit in den Bewaffneten Organen, Herauslösung aller gegnerischen Erscheinungen.
7. Verhinderung von Angriffen gegen SED-Mitglieder und Angehörige der Sicherheitsorgane.
8. Verhinderung von Aktivitäten ausländischer Journalisten gegen die DDR.
9. Meldung aller Aktivitäten gegenüber Kräften an das MfS-Lagezentrum und Weitergabe an die SED-Bezirks- und Kreisleitungen.

Diese Weisung war eine Form der Mobilmachung mit Generalvorbereitung für den Gegenschlag gegen jede innere Opposition und damit gegen das eigene Volk. Es hätte nur einer Anweisung bzw. Befehls bedurft, um den ganzen Machtapparat in Gang zu setzen. Alle weiteren Vorbereitungen hierfür waren gegeben:

- Die Namen der inneren Gegner standen aktuell fest.
- Die Personaldaten von ihnen lagen vor, auch die Rang- und Reihenfolge ihrer Festnahmen. Selbst die Grundrisse der Häuser bzw. Wohnungen und die Wegstrecken der Verhaftungsgruppen zu den Opfern waren ausgearbeitet worden
- Die Festnahmegruppen (gemeint sind die Täter – d. Red.) waren aufgestellt
- Die Fahrzeuge des MfS waren eingeteilt, auch jene, die die Betriebe laut Verordnung bereitzustellen hatten.
- Die operativen Stützpunkte in den Kreisen waren besetzt und instruiert.
- Die Reservisten waren aufgestellt und zur generellen Mobilmachung einzuziehen.
- Die Gestellungsorte der Reservisten waren festgelegt.
- In jedem Kreis war mindestens ein Isolierungsobjekt eingerichtet (Unterbringung dort bis zu fünf Tagen).
- Abtransport in das jeweilige betriebliche Lager für unbestimmte Zeitdauer.
- Die Gefängnisse waren für die Aufnahme einer Vielzahl zusätzlicher Häftlinge gerüstet. Die UHA Erfurt hätte laut Planung aus dem Jahr 1983 von ursprünglich 80 Häftlingen im Krisenfall auf ca. 200 Personen aufgestockt werden können. In der Jugendhaftanstalt Ichtershausen wären bei einer üblichen Kapazität von 430 Personen im Krisenfall 800 Personen inhaftiert worden.

Die Bezirksverwaltungen in Erfurt, Gera und Suhl hatten bereits Ende 1988 bekundet, dass sie zum Gegenschlag, das heißt zur Durchführung der Vorbeugemaßnahmen, voll und ganz vorbereitet seien. Für Suhl und Gera war dies der 30. November, für Erfurt der 31. Dezember. Danach wären in der DDR mindestens 2.901 Personen festgenommen und in ein MfS- Gefängnis gebracht worden. Anschließend wären die Verurteilungen im Schnellverfahren erfolgt. Weitere 10.539 Personen hätte man auf unbestimmte Zeit in ein Isolierungslager überführt. Die Dauer dieser Verwahrung hätte sich das MfS vorbehalten.

Fest steht: Es handelte sich um Zwangsarbeitslager übelster Sorte.

→ ***nächste Seite oben***

→ *von voriger Seite unten*

Für weitere 887 Personen hätte es eine Überprüfung gegeben, wonach diese mit großer Wahrscheinlichkeit aus ihren Ämtern entlassen worden wären. Gemeint waren hier unzuverlässige staatliche Leiter. Zudem hätte das MfS für 70.245 Personen eine Beobachtung angeordnet, von denen vermutlich 413 in Isolierlager und 411 in die Haft umgestuft worden wären.

Dies war der Stand vom 21.12. 1988. Im Oktober 1989 wären es weitaus mehr Personen gewesen, da die Zahl der Ausreisewilligen, die grundsätzlich als feindlich negative Elemente betrachtet wurden, immens angestiegen war. Dies ergab die Auswertung der Operativen Vorgänge und Personenkontrollen schlechthin.

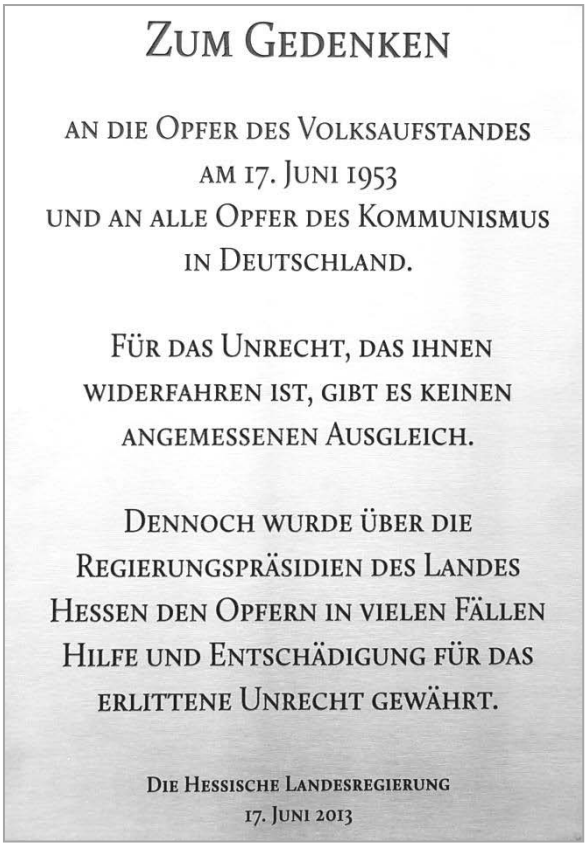
Wie menschenverachtend und moralisch verkommen muss ein Staatssystem sein, wenn es Zehntausende seiner Bürger zu Feinden erklärt und sie listenmäßig mit dem Ziel ihrer Inhaftierung (4.1.1.), Isolierung (4.1.3.), politisch-operativen Überwachung (4.1.4.) als feindlich negative Personen (4.1.5. – diese Liste galt als Vorstufe für die vorgenannten Listen 4.1.1. und 4.1.3.) für den Krisenfall erfasst und zwar mit dem Ziel der ständigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR unter allen Lagebedingungen?

Interessant sind einige Grundsätze des Vorgehens.

Bezirksverwaltung Erfurt vom 9. April 1970 GVS (Geheime Verschlusssache – d. Red.) 61/70: *Die Festnahmen, Internierungen, Isolierungen sind nur auf Weisung des Ministers durchzuführen.*

Arbeitsgruppe des Ministers laut GVS MfS 005-155/83 vom 14. November 1983: *Für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der Isolierung ist das MfS verantwortlich. ... Über die Isolierung und die Isolierungsobjekte besteht keine Aufsicht durch die Staatsanwaltschaft bzw. das Ministerium des Innern.* Die Maßnahmen dieses Komplexes waren nicht nur eine Bankrotterklärung der SED und ihres kommunistischen Systems, sondern auch eine Kriegserklärung an das eigene Volk. *Reinhard Köhler*

Angemerkt:
Gesundheitliche Folgeschäden der SBZ/DDR werden von den Behörden, Gerichten und von der Politik nachweislich völlig heruntergespielt. Die Antragsteller können doch gleich zur Stasi laufen. *Manfred und Margarete Springer*



Volksaufstand vom Juni 1953: Gedenken hilft Generationen

Einladung an alle Mitglieder und Freunde der VOS zur Gedenkfeier

Auch dreißig Jahre nach dem Mauerfall schweigen wir nicht und wollen an die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR und der Kommunistischen Gewaltherrschaft erinnern.

Wir treffen uns am

16. Juni 2019 um 16.00 Uhr

an der Gedenktafel für die Opfer. Regierungsgebäude Luisenplatz im Zentrum von

Darmstadt

zu einer Gedenkfeier.

Alle Kameradinnen und Kameraden und Freunde der VOS laden wir zu dieser Veranstaltung ein.

Der Luisenplatz in Darmstadt ist ab Darmstadt Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie Nr.5 und den Bussen K und H zu erreichen. Es wäre wünschenswert, sich anzumelden, damit wir einen Überblick über die Anzahl der Teilnehmer bekommen. **Bitte anmelden unter:**

VOS Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz
Arno Selten
In der Römerstadt 146
60439 Frankfurt am Main
Tel.: 069 583217
arno-selten@t-online.de

Wir trauern um

Lenchen Köhler	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Werner Schneider	**Bezirksgruppe Elsterberg**
Helmut Janke	**Bezirksgruppe Wurzen**
Eberhard Wendler	**Bezirksgruppe Stuttgart**
Wolfgang Beinroth	**Bezirksgruppe Harz**
Wolfgang Schuster	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

VOS-Gedenken zum 17. Juni 1953

Veranstaltungen

Chemnitz

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, der Tag der

Deutschen Einheit

verbindet sich in diesem Jahr mit zwei Jubiläen, dem 30. Jahrestag der friedlichen Revolution und dem 20. Jahr, seitdem unsere Stele auf dem Kaßberg steht. Unser Kamerad Erwin Tränkmann, der sich maßgeblich und gemeinsam mit Johannes Kirsch und Wolfgang Looß für diese Stele einbrachte, schrieb in dieser Zeit: Dieser Gedenkstein soll nicht nur die Opfer der Gewaltherrschaft von 1945 – 1989 ehren, sondern auch in Dankbarkeit an die Kameradinnen und Kameraden erinnern, welche ihren Freunden und Leidensgenossen, die nach 1945 schwere Schicksale durchleben mussten, bei der Aufarbeitung dieser Zeit mit Rat und Tat zur Seite standen und noch stehen.

In diesem Sinne laden wir euch ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung ein:

Montag, den 17. Juni 2019, 11.00 Uhr
Parkanlage gegenüber dem Landgericht
(Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz).

Wir freuen uns auf euer Kommen

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Berlin

Aufruf zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir des Volksaufstandes vom Juni 1953 gedenken.

17. Juni 2019 um 09.00 Uhr

findet die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft in Berlin-Charlottenburg am Steinplatz statt.
Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Traditionell nehmen Politiker_innen wichtiger Parteien teil. Mehr denn je geht es – auch mit Blick auf die Vorgänge in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen – die Bedeutung des Tages der Deutschen Einheit herauszustellen.

Der VOS-Bundesvorstand

Nordrhein-Westfalen

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch wir in NRW halten das Gedenken für wichtig und wollen den

Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 am 17. Juni in Düren, Bismarckstrasse 17, am VOS -Gedenkstein vor dem Rurtal-Gymnasium

würdevoll und mit möglichst vielen Teilnehmern begehen. Es geht darum, neben der Erinnerung an die Opfer des Volksaufstandes vom Juni 1953 auch die Werte und die Bedeutung der Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten und für die Errichtung eines gut sichtbaren Denkmals in der Landeshauptstadt zu werben. Wir haben bereits Politiker_innen der wichtigen Parteien für diesen Anlass eingeladen. Informationen unter 0211 / 2381025 oder per Email an: dvdechend@web.de.

i. V. Detlef von Dechend

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druckerei: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 799/ 800 erscheint Mai/ Juni 2019
Redaktionsschluss der FG 797/798 am 05. April 2019